Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 175. Dienstag, den 31. Juli 1900. 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Eine Blamage der Handelspolitik Deutschlands!

Zum deutsch-amerikanischen Handelsabkommen, das wir bereits ausführlich gewürdigt haben, schreibt uns Parvus, der anderer Ansicht ist, wie folgt:

Daß offiziöse Mittheilungen nie die volle Wahrheit sagen, wissen heutzutage selbst solche, die sonst die größte Anwartschaft aufs Himmelreich haben. Denn wenn die Regierung nicht das Bedürfniß hätte, die Wahrheit in eine Lüge zu kleiden, dann könnte sie diese offen aussprechen. Also offiziös heißt zu deutsch halb gelogen. Um so bezeichnender ist die Einmüthigkeit, mit der die Presse auf die ersten offiziösen Mittheilungen über das deutsch-amerikanische Handelsabkommen sofort „angebissen“ hat. Es beweist, wie groß in der Oeffentlichkeit der Wunsch ist, geordnete und günstigere Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten zu schaffen.

Also während einiger Tage konnte man in den Blättern, je nach ihrer politischen Stellung und der dichterischen Begabung ihres Redakteurs, mehr oder weniger hochgestimmte und gut stilisirte Triumphgesänge über den „Erfolg“ der deutschen Diplomatie lesen. Aber immer, wenn man von der Regierung eine That friedlicher Politik erwartet, kommt eine Narrheit oder eine Bosheit heraus. Diesmal war es ein Nichts.

Das Hauptinteresse Deutschlands an den nordamerikanischen Zöllen liegt bekanntlich in den Textilstoffen. Hieran wird durch den Vertrag nichts geändert. Die hohen Zölle auf Strumpfwaaren, welche die sächsische Industrie so stark schädigen, bleiben bestehen und desgleichen alle anderren Zollsätze. Auch bei Chemikalien, die zwar einen relativ geringeren Zoll zu tragen haben, aber wegen der Menge der Ausfuhr sehr ins Gewicht fallen, ist nichts geändert worden. Und schließlich ist für den Zucker ebenfalls auch nicht die geringste Erleichterung erzielt worden, obwohl der Zucker der am heißesten umstrittene Punkt der handelspolitischen Verhandlungen war. Hier hat die deutsche Regierung sogar in aller Form nachgeben müssen. Währenddem die Amerikaner ihren Zuckerzoll nach der Höhe der Zuckerausfuhrprämien bemessen, so daß der Staat, der die höchste Ausfuhrprämie zahlt, auch den höchsten Zoll zu bezahlen hat, verlangte die Reichsregierung Kraft der Meistbegünstigungsklausel, daß vom deutschen Zucker nur der geringste Zoll erhoben werde, also jener, welchen die Staaten entrichten, die keine Ausfuhrprämie bei sich eingeführt haben. Wir wollen uns nicht bei der Frage aufhalten, wer von den Parteien formell, in der Auslegung des Wortlauts der Meistbegünstigung Recht hatte, — Thatsache ist, daß alle Rekriminationen der deutschen Regierung ihr nichts genützt haben und sie sich in den von der Dingley-Bill geschaffenen Stand der Dinge hat fügen müssen. Wenn also die Zeitungen in ihrem schnellfertigen Jubel ausposaunt haben, daß nunmehr die Meistbegünstigung im deutschen Sinne anerkannt sei, so ist gerade das Gegentheil der Fall: durch den Abschluß des Vertrags hat die deutsche Regierung die Berechtigung des amerikanischen Standpunktes anerkannt.

Was hat die deutsche Regierung dafür eingetauscht? Zollermäßigungen auf Gemälde und Skulpturen, auf Weinstein, auf Liqueure und sonstige Schnäpse sowie auf Flaschenweine inkl. Schaumweine. Die Gesammtausfuhr dieser Waaren aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten bildet kaum ein Hundertstel der deutschen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten. Darnach ist die Bedeutung dieser „Zugeständnisse“ zu beurtheilen. Diese Abmachungen waren nichts als eine Deckung des Rückzugs. Mac Kinley konnte diesen verschämten Rückzug der deutschen Regierung umso eher gönnen, als nach den Verträgen mit Frankreich, Italien und Portugal die Aufrechterhaltung der höheren Zollsätze auf die erwähnten Artikel Deutschland gegenüber für Amerika keinen praktischen Werth mehr hatte. Uebrigens ist es auch noch ein hübscher Widerspruch und charakteristischer Zug der deutschen Wirthschaftspolitik, daß man jetzt soviel Wesens macht aus der amerikanischen Zollherabsetzung auf deutsche Schaumweine, währenddem man soeben erst selbst die Steuer auf diese Weine erhöht hatte!

In der Noth sucht man Trost in dem Umstand, daß die anderen Staaten vorläufig auch nicht mehr erreicht haben, da die großen Gegenseitigkeitsverträge, welche Frankreich, Italien und Portugal mit der Regierung der Vereinigten Staaten abgeschlossen haben, vom Kongreß noch nicht votirt worden sind. Das ist wiederum Selbstbetrug der Unwissenden und gemeiner Schwindel der Wissenden. Denn die Weinausfuhr, die durch den amerikanischen Vertrag erleichtert wird, hat für die genannten Staaten allerdings eine ziemliche Bedeutung, jedenfalls eine ganz andere, als für Deutschland. Der Werth der französischen Waareneinfuhr beträgt durchschnittlich 200 Millionen Mark im Jahre. Da waren also Interessen von bedeutender Tragweite im Spiel.

Das Abkommen, welches die deutsche Regierung diesmal mit der amerikanischen getroffen hat, ist nur eine rein formelle Erledigung der nunmehr über zwei Jahre dauernden handelspolitischen Auseinandersetzungen. Und es trägt deshalb auch den Stempel des Gelegentlichen und Zeitweiligen auf sich in Gestalt der dreimonatlichen Kündigungsfrist. Ein Zollvertrag, der in drei Monaten aufgehoben werden kann, gewährt einem überseeischen Handelsverkehr keine Sicherheit. Es ist ein Scheinvertrag.

Keine Verdrehung hilft mehr: es ist klar, die deutsche Regierung hat klein beigeben müssen. Diese Blamage der deutschen Handelspolitik kam auch gar nicht unerwartet und sie ist wohlverdient. Wenn man von den Amerikanern Konzessionen hat erreichen wollen, so mußte man auch selbst ihnen als Gegenleistung etwas bieten. Aber je weniger die Reichsregierung an das letztere dachte, mit desto größerem „Schneid“ trat sie gegenüber den Amerikanern auf. Damit imponirt man den Yankees nicht und auch anderen Leuten heutzutage nicht mehr. Das Ergebniß ist, daß der Rückzug jetzt desto schmählicher erscheint, je dicker man Anfangs aufgetragen hat.

Also wir sind jetzt handelspolitisch genau so weit wie Ende 1897. Aber die zwei Jahre des Bestehens der Dingley-Bill sind für die Handelsentwicklung nicht umsonst vergangen. Daß die deutsche Industrie durch den amerikanischen Hochschutzzoll geschädigt wird, bezweifelt Niemand; das Maaß dieser Schädigung ist aber durch den allgemeinen Produktionsaufschwung der letzten Jahre verdeckt worden. Man tröstet sich damit, daß die allgemeinen Zahlen des deutschen Exportes steigen. Allein eine nähere Betrachtung zeigt andere Ergebnisse. Währenddem die deutsche Eisenausfuhr von 1897 auf 1899 dem Werth nach um mehr als 25 pCt. gestiegen war, die Ausfuhr von Maschinen sogar um fast 35 pCt., erhöhte sich während des gleichen Zeitraumes der Werth der Ausfuhr von Baumwollwaaren nur um 10 pCt., und es ging nicht nur relativ, sondern in absoluten Zahlen zurück die Ausfuhr von Wollwaaren, von Konfektion, von Glaswaaren, lauter Artikeln, die sonst einen bedeutenden Absatz nach den Vereinigten Staaten hatten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Waarenpreise während dieses Zeitraumes allgemein gestiegen waren, so daß schon deshalb bei normaler Entwickelung eine Erhöhung der Ausfuhrwerthe eintreten müßte. Das in einer Zeit der größten Erweiterung der Märkte! Wie aber, wenn der Rückschlag kommt, der Absatz stockt und die Preise hüben wie drüben sinken? Dann wird man es in vollem Maße spüren, was die Hinderung des Absatzes nach den Vereinigten Staaten bedeutet, und das umsomehr, als während der letzten Jahre die amerikanische Industrie sich in einem enorm raschen Tempo entwickelt. Sind es doch z. B. in der Textilindustrie zum Theil sächsische Fabrikanten, die nach der Einführung der Dingley-Bill in Amerika Strumpfwirkereien und Webereien gründeten!

Und doch beweisen gerade die Handelsverträge, welche Frankreich, Italien und Portugal mit den Vereinigten Staaten geschlossen haben — und zwar jene, an die sich das deutsche Abkommen anschließt, sowie die anderen von viel größerer Tragweite, die noch ihrer Erledigung seitens des Kongresses harren — daß es wohl einen Weg giebt, um die amerikanischen Industriezölle zu durchbrechen: den Weg gegenseitiger Zugeständnisse. Erleichterungen der deutschen industriellen Ausfuhr nach Amerika sind nur zu erlangen durch Erleichterungen der landwirthschaftlichen Einfuhr aus Amerika.

Daß die deutsche Reichsregierung eher den Agrariern zuliebe ein Uebriges thut, als daß sie agrarische Interessen preisgiebt, weiß man. Und das wird auch nicht anders werden, solange in handelspolitischen Fragen die Agrarier allein als geschlossene Klasse auftreten, währenddem das industrielle Kapital in sich gespalten ist, in einzelne Gruppen zerfällt, von denen die mächtigsten sich mit den Agrariern koaliren, und das Proletariat nicht aus eigener Initiative in die Handelspolitik eingreift. Die deutsche Arbeiterschaft ist die einzige Klasse, die, außer den Agrariern, im Stande ist, eine konsequente Handelspolitik zu treiben, nämlich die des Freihandels, im Gegensatz zum Schutzzoll. Sie ist in gleicher Weise an der Herabsetzung der amerikanischen Industriezölle wie an jener der deutschen Getreidezölle interessirt: das Eine schafft ihr Arbeitsgelegenheit, das Andere billiges Brod. Führt sie diesen Kampf, so findet sie einerseits Unterstützung seitens der am Export interessirten deutschen Industrie, anderseits macht sie sich den Konkurrenzkampf der amerikanischen und deutschen Agrarier zu Nutzen.

Die handelspolitische Blamage der deutschen Regierung gemahnt die Sozialdemokratie an ihre agitatorischen Aufgaben auf dem Gebiete der Handelspolitik.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die neueste Kaiserrede, die wir in der letzten Nummer unseres Blattes nach offizieller Fassung bereits wiedergaben, soll in Wahrheit an verschiedenen Stellen einen anderen Wortlaut gehabt haben. Es existiren nicht weniger als vier Lesarten davon. Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau, das von der Regierung als Sprachrohr benutzt wird, verbreitete selbst zwei Fassungen; erst die zweite — es ist die von uns mitgetheilte — hat Aufnahme im „Reichsanz.“ gefunden und ist damit nach Ballestrem'scher Theorie im Reichstage debattirbar. Die erste Lesart des Wolffschen Bureaus zeigte folgende Abweichungen von der offiziellen Rede: Nachdem der Kaiser auf die große Aufgabe hingewiesen hatte, die der Soldaten in China harre, hätte er betont, „daß jede Kultur, die nicht auf dem Christenthum aufgebaut sei, zu Grunde gehen müsse, und fuhr dann etwa fort: „So sende ich Euch hinaus, daß Ihr bewähren sollt, einmal Eure alte deutsche Tüchtigkeit, zum zweiten die Hingebung, die Tapferkeit, das freudige Ertragen jedweden Ungemachs und zum dritten Ehre und Ruhm unserer Waffen und unserer Fahnen. Ihr sollt ein Beispiel abgeben der Manneszucht und Disziplin, der Selbstüberwindung und Selbstbeherrschung. Ihr sollt fechten gegen einen gut bewaffneten und gut ausgerüsteten Feind. Aber Ihr sollt auch rächen nicht nur den Tod der Gesandten, sondern auch den vieler Deutschen und Europäer.“ Der Kaiser sagte dann noch ungefähr folgendes: Noch nach tausend Jahren möge der Name Deutschlands in China in solcher Weise bekannt sein, daß niemals wieder ein Chinese wage, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen. Die Rede schloß dann folgendermaßen. Die Rede schloß dann folgendermaßen: „Der Segen des Herrn sei mit Euch, die Gebete eines ganzen Volkes begleiten Euch auf allen Euren Wegen. Meine besten Wünsche für Euch, für das Glück Eurer Waffen werden Euch folgen. Gebt, wo es auch sei, Beweise Eures Muthes. Möge sich der Segen Gottes an Eure Fahnen heften und er Euch geben, daß das Christenthum in jenem Lande seinen Eingang findet. Damit steht Ihr mit Eurem Fahneneid ein. Und nun glückliche Reise. Adieu Kameraden!“

Die zweite Lesart, die das Wolff'sche Bureau verbreitet und der „Reichsanzeiger“ übernommen hat, haben wir bereits wiedergegeben. Es bleiben also nur noch die anderen beiden Fassungen. So theilte der „Berliner Lokalanzeiger“ den Schluß der Rede wie folgt mit:

> „Kommt ihr an den Feind, so wißt, Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Führt Eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen! Oeffnet der Kultur den Weg ein für allemal! Adieu Kameraden!“

Nach der „Nordwestdeutschen Zeitung“ in Bremerhaven, also an Ort und Stelle des Ereig-

nisses selbst, soll jedoch die Rede u. a. folgende Sätze enthalten haben:

„Die Aufgabe, zu der ich Euch hinaussende, ist eine große. Ihr sollt schweres Unrecht sühnen! Denn ein Fall in der Art, wie es die Chinesen gethan haben, die es gewagt, tausendjährige alte Völkerrechte umzuwerfen und der Heiligkeit des Gesandten, der Heiligkeit des Gastrechts in so abscheulicher Weise Hohn zu sprechen, ist ein Vorfall, wie er in der Weltgeschichte noch nicht vorgekommen ist, und dies hat sich noch dazu ein Volk geleistet, welches stolz ist auf seine vieltausendjährige Kultur! Aber Ihr könnt daraus ersehen, wohin eine Kultur kommt, die nicht auf dem Boden des Christenthums aufgebaut ist; jede heidnische Kultur, mag sie noch so schön und herrlich sein, wird bei der ersten Kraftprobe erliegen!

. . . . Kommt Ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! **Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen! Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht,** der sie noch jetzt in Ueberlieferungen und Märchen gewaltig erscheinen läßt, **so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch Euch in einer Weise bethätigt werden,** daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen! Ihr werdet mit einer Uebermacht zu fechten haben; doch dies sind wir gewohnt, unsere Kriegsgeschichte beweist es! Ihr habt es gelernt aus der Geschichte des Großen Kurfürsten und aus Eurer Regimentsgeschichte. Heftet neuen Ruhm an Eure Fahnen; der Segen des Herrn sei mit Euch! Die Gebete der Euren, eines ganzen Volkes begleiten Euch auf allen Euren Wegen! Meine besten Wünsche für Euch, für das Glück Eurer Waffen! Eure Leistungen werden Euch folgen, wohin es auch sei! Und Gottes Segen möge an Eure Fahnen sich heften und **dieser Krieg den Segen bringen, daß das Christenthum in jenem Lande seinen Einzug hält,** damit solch traurige Fälle nicht mehr vorkommen! **Dafür steht Ihr mit Eurem Fahneneid!** Und nun glückliche Reise! Adieu, Kameraden!"

Wie alle Reden des deutschen Kaisers, so hat auch diese lebhaftes Aufsehen wegen ihres Inhaltes erregt. Ein Theil der Presse bemüht sich besonders, die Worte „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht" so auszulegen, als hätte der Kaiser sagen wollen, die Chinesen geben nicht Pardon und machen keine Gefangenen. Diese Blätter haben vergessen, daß, wenn diese Auslegung zutreffend sein sollte, der daran anschließende Satz einfach sinnwidrig wäre. Weshalb sollten denn wohl die Chinesen noch tausend Jahre lang Angst haben. Uebrigens scheint diese Sorte Presse, es sind zumeist konservative Blätter, den ihnen sonst maßgebend erscheinenden Satz: „An einem Kaiserwort soll man nicht drehen noch deuteln", bei dieser Gelegenheit ganz außer Acht lassen zu wollen, freilich wohl nur, weil das Kaiserwort nicht ganz nach ihrem Geschmack ist.

In wiefern sich diese Art der Kriegsführung „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht", mit den Lehren des Nazareners verträgt, für die angeblich die Soldaten in China kämpfen sollen, wissen wir bei unserem „beschränkten Unterthanenverstande" nicht, nur soviel wissen wir, daß eine der Grundlehren des Nazarener Zimmermannssohnes sogar lautete: „Liebet Eure Feinde, segnet, die Euch fluchen!"

In der offiziellen Wiedergabe der Rede fehlt bekanntlich die Stelle von den Hunnen, die der Kaiser den deutschen Soldaten als nachahmenswerthes Beispiel vorführte. Wir begreifen nicht warum? Entsprach doch gerade ihre Art der Kriegsführung der vom Kaiser rühmend angeführten am meisten. In seiner „Kulturgeschichte der Menschheit" schreibt darüber Kolb: „Weder Alter noch Geschlecht noch Stand ward (von den Hunnen) geschont. Was der Wuth bei den ersten Einfällen entging, ward in den folgenden vernichtet. Die fruchtbarsten und volkreichsten Provinzen wurden in Wüsten verwandelt; die Ruinen der Städte und Dörfer dienten nur wenigen, elend gewordenen Menschen zum Obdach, welche das durch Morden stumpf gemachte feindliche Schwert oder der Zufall erhalten hatte. Hunger und Pest, das stete Gefolge eines mit solcher sinnlosen Grausamkeit geführten Krieges, wütheten in allen Theilen Europas und vollendeten dessen Leiden. . . . Die „Geißel Gottes", der „Vertilger der Nationen", waren die furchtbaren Beinamen, mit denen die zeitgenössischen Geschichtsschreiber den bekanntesten der Barbarenhäuptlinge, eben Attila, auszeichneten. Die Zerstörung aber, die jene wilden Horden über die Welt brachten, verglichen sie mit den Verwüstungen durch Erdbeben, Brand und Wasserfluth — dem Schrecklichsten und Verderblichsten, was das menschliche Fassungsvermögen zu begreifen vermag." — Das sind die Vorbilder, denen, nach Ansicht des Kaisers, die deutschen Soldaten nacheifern sollen! Ob das deutsche Volk derselben Meinung ist, möchten wir mit Fug bezweifeln. Sogar die Regierung ist anderer Ansicht; denn nach der öffentlichen Erklärung des verantwortlichen Leiters der deutschen auswärtigen Politik, des Grafen v. Bülow, hat die China-Expedition angeblich den einzigen Zweck, lediglich Ruhe und Ordnung in China wiederherzustellen. Auch würden sich, wie wir meinen, die übrigen Großmächte schönstens bedanken, eine solche Hunnenpolitik mitzumachen.

Das Arbeitspensum, das im nächsten Winter den Reichstag erwartet, wird offiziös mitgetheilt. In erster Reihe steht der neue Zolltarifentwurf, der, das Tarifschema und Zollsätzen bestehend, im November dem Bundesrath wird vorgelegt werden können. An den Reichstag dürfte er in den ersten Monaten des nächsten Jahres gelangen. Ferner wird sich der Reichstag mit einem Gesetzentwurf, betreffend die privaten Versicherungsunternehmungen und mit der Novelle zur Krankenversicherung zu beschäftigen haben. Das Reichsjustizamt wird mit dem Urheber- und Verlagsrechtentwurf vor die gesetzgebenden Faktoren des Reichs treten. Das Reichsschatzamt dürfte, abgesehen von dem Zolltarifentwurf, an dem es in erster Linie betheiligt ist, und dem Reichshaltsetat für 1901, den es vornehmlich zu vertreten hat, voraussichtlich noch diesen oder jenen kleineren Steuergesetzentwurf zu unterbreiten haben. Als ziemlich sicher darf wohl angesehen werden, daß der Reichstag mit einem Schaumweinsteuergesetzentwurf befaßt werden wird, der bei den letzten Steuerberathungen des Reichstages in Aussicht gestellt wurde. Ob für Saccharin der Steuerweg oder ein anderer beschritten werden wird, bleibt abzuwarten. Einen recht breiten Raum dürfte in den Verhandlungen des Reichstags gleich in den ersten Sitzungen unser Krieg mit China einnehmen, falls man sich nicht dazu entschließen kann, den Reichstag vorher aus diesem Anlasse zu einer besonderen Session einzuberufen. Zeit wird es nachgerade.

Eine Ohrfeigengeschichte. Bei der Reichstags-Ersatzwahl in Calbe-Aschersleben, die bekanntlich durch das furchtbare Magdeburger Urtheil gegen Genossen Schmidt nothwendig geworden war, wurde die Agitation von Schmidt's Gegenkandidaten, dem Kaufmann Placke, in so persönlich-gehässiger Weise geführt, daß man sich genöthigt sah, auf einen dunklen Punkt im Vorleben des bürgerlichen Kandidaten hinzuweisen. Herr Placke war nämlich von einem Arzt Dr. Rosenthal wegen ungebührlichen Benehmens gegen die Frau des Arztes geohrfeigt worden. Nun erklärte Dr. Rosenthal die Ohrfeigengeschichte, die nach seinen eigenen Angaben vom Genossen Trautewein veröffentlicht worden war, für erlogen und erklärte, „nie anders als mit hoher Verehrung von Herrn Placke gesprochen zu haben". Von Genossen Trautewein wegen des Vorwurfs der Lüge vor Gericht gezogen, beanspruchte Dr. Rosenthal für sich den Schutz des § 193 des Str.-G.-B. Er meinte, als Arzt aus Geschäftsrücksichten gezwungen gewesen zu sein, die verlangten Erklärungen zu unterschreiben, da er im Weigerungsfalle seine Kundschaft in den Kreisen der staatserhaltenden Parteien eingebüßt hätte oder einzubüßen besorgt gewesen wäre. Der Arzt war also unter Androhung der Boykottirung gezwungen worden, zu lügen, und Leute, die die Wahrheit sprechen, Lügner zu heißen. Schade, daß sich dieser echte Fall von Wahlterrorismus im bürgerlichen Lager zugetragen hat. Stünde es umgekehrt, dann wäre die bürgerliche Presse für ein paar Wochen mit Leitartikeln versorgt.

Die Ursachen der Kohlennoth und der hohen Kohlenpreise sind nunmehr festgestellt. Es ist die konservative „Schlesische Zeitung", die sich das Verdienst erworben hat, diese Ursachen klar und frei Jedermann einleuchtend festzustellen. Nachdem das Blatt zunächst auf den vermehrten Kohlenbedarf der Industrie, die erhöhten Ansprüche der Marine und auch darauf hingewiesen hat, daß viele Konsumenten sich schon jetzt große Vorrathsstapel anlegen, fährt es fort:

„Aber all das zusammen würde nicht hinreichend sein, eine Kohlennoth wie die nun so lange schon bestehende hervorzurufen, wenn die Bergarbeiter, namentlich das junge Volk der Schlepper, sich bestimmen lassen wollte, ihre Arbeit ordnungsmäßig zu verrichten. Eine große Verwaltung, die eine Belegschaft von rund 4000 Mann beschäftigt, sieht davon seit langer Zeit tagaus tagein im Durchschnitte nur 3600 Mann an der Arbeit. Im Durchschnitte feiern zehn Prozent der gesammten Arbeiterschaft, am Wochenanfange mehr, gegen das Wochenende weniger. Die Leute haben es bei den gegenwärtigen Lohnsätzen nicht mehr nöthig, wöchentlich sechs Tage zu arbeiten. Sie decken mit der in fünf, manchmal schon mit der in vier Arbeitstagen erworbenen Löhnung vollauf die Bedürfnisse einer ganzen Woche, und Gedanken über die Zukunft machen sie sich nicht. Die Werke haben vielfach Prämien für diejenigen ausgesetzt, welche alle Schichten ordnungsmäßig verfahren, ohne willkürliche Feierschichten einzulegen. Diese Prämien kommen einer verhältnißmäßig geringen Anzahl älterer oder strebsamerer Elemente zu Gute, denen sie ja gern zu gönnen sind, die große Masse der Arbeiterschaft aber huldigt den Grundsätzen des italienischen Lazaroni, und arbeitet nur dann, wenn die materiellen Bedürfnisse dazu zwingen."

Nun wissen wir es also ganz genau: die Ueppigkeit der Arbeitslöhne ist schuld an der Kohlentheuerung, und die Unternehmer und Händler sind unschuldig daran wie die Lämmlein. Das Rettungsmittel liegt auf der Hand. Man setze schleunigst die Löhne um 20—25 pCt. herab und den schlemmenden Arbeitern wird nicht nur wieder Moral beigebracht, auch die Kohlen werden im Handumdrehen auf einen wahren Schundpreis heruntergehen. Wer's nicht glaubt, bezahlt einen Thaler.

Kleine politische Nachrichten. Den Ordenssegen für die „Flottenprofessoren" veröffentlichte der „Reichsanzeiger" am Sonnabend Abend. Von den während der Flottenagitation zu Gunsten der Flottenverstärkung hervorgetretenen Universitätsprofessoren haben die Berliner Professoren Sering, v. Drygalski, v. Halle, Rathgen-Marburg, Stoerk-Greifswald, Privatdozent v. Wenkstern-Berlin den Rothen Adlerorden vierter Klasse erhalten; die Nationalökonomen Wagner und Schmoller erhielten den Kronenorden zweiter Klasse und Professor Delbrück-Charlottenburg den Kronenorden dritter Klasse. — Für eine genaue Berechnung und ziffernmäßige Darstellung der weitreichenden Schädigungen, die das gesammte Wirthschaftsleben und die Gesundheit unseres Volkes durch die Trunksucht erfahren, fehlte es bisher an den erforderlichen statistischen Unterlagen. Jetzt hat der Kultusminister von Preußen, einer vom Landtage gegebenen Anregung folgend, an das Statistische Amt die Weisung gerichtet, die zur Beurtheilung dieser für das Volkswohl ungemein wichtigen Frage nothwendigen statistischen Mittheilungen zu sammeln und zu bearbeiten, so weit dies ohne allzu große Opfer an Zeit und Arbeitskraft ausführbar ist. — Das Wahlbündniß wider die Wurmbsche Reaktion in Sachsen-Weimar, dessen Abschluß wir vor einiger Zeit als bevorstehend meldeten, ist nun perfekt geworden. In einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu Jena, die am Donnerstag stattfand, theilte Genosse Leben mit, daß zwischen der freisinnigen und sozialdemokratischen Partei des Großherzogthums eine Vereinbarung in Bezug auf die im kommenden Herbst stattfindenden Landtagswahlen getroffen sei, die so beschaffen wäre, daß beide Theile zu ihrem Rechte kämen. — Rheinbaben weiß es besser. Anläßlich der Nichtbestätigung des freisinnigen Direktor Dr. Dullo in Königsberg durch den Minister Rheinbaben erzählt die „Volkszeitung" folgendes Geschichtchen: Als im November 1897 Herr v. Rheinbaben in seiner Eigenschaft als Regierungspräsident in Düsseldorf Vorsitzender des Disziplinargerichtshofes war, der über den Lehrer Langscheid aus Elberfeld die Dienstentlassung aussprach, weil derselbe im Verein der Deutschen Volkspartei einen politischen Vortrag gehalten hatte, da erklärte Herr v. Rheinbaben, der demokratische Lehrer huldige sozialdemokratischen Anschauungen. Dieser verwahrte sich gegen diese Deklaration seines politischen Bekenntnisses, aber in der mündlichen Urtheilsbegründung erklärte Herr v. Rheinbaben: Der Angeschuldigte wisse selber nicht, daß er Sozialdemokrat sei! — Der Fesselballon der Königsberger Luftschiffer-Abtheilung, welcher sich am Freitag losriß und mit Leutnant Hell vom Grenadier-Regiment „Kronprinz" fortgetrieben wurde, ist nach halbstündiger Fahrt vier Kilometer südlich Borgersdorf am Friedrichsteiner Forst unversehrt gelandet. — Eine Riesenversammlung in Elberfeld, die in der für politische Vereine gesperrten Stadthalle stattfand, hat den Sperr-Beschluß der Stadtverordneten nach Reden des Genossen Gewehr, des Freisinnigen Schöler, des Antisemiten Kunze und Anderer in einer Resolution einstimmig verurtheilt. — Im Bergwerk in Hagen entstand Freitag Abend eine Explosion schlagender Wetter. 20 Bergleute sind schwer, davon 4 tödtlich verletzt. Dieselben sind meistens Familienväter. — Gegen den amerikanischen Konsul in Frankfurt a. M., Günther, der durch verschiedene Berichte über die agrarischen Bestrebungen in Deutschland sich den Zorn der viel edlen Agrarier zugezogen hat, veranstaltet das Berliner Bündlerblatt, die „Deutsch. Tagesztg.", ein Kesseltreiben. Das Blatt verlangt, daß dem Konsul von der deutschen Regierung einfach das Exequatur entzogen werde. Wir sind einigermaßen gespannt, ob die sonst so gefällige Regierung diesen Liebesdienst den Agrariern erweisen wird, besonders zu einer Zeit, wo man mit Mühe ein Handelsabkommen mit Amerika getroffen hat. — Bei einem militärischen Uebungsmarsch der 6. Kompagnie des 92. Infanterie-Regiments in Braunschweig sind nach dem „Hann. Cour." zahlreiche Soldaten ermattet niedergefallen und mußten mittels Wagen weiterbefördert werden. Zwei starben am Hitzschlag. Wann werden endlich diese Art Todesmärsche aufhören? — Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hatte an die Gemeindeverwaltung in Ulm das Ansinnen gestellt, in die Bauverträge, welche die Stadt mit Bauunternehmern schließt, eine Streikklausel, wie sie auch bereits in anderen Gemeinden zur Erörterung gestanden hat, aufzunehmen. Der Gemeinderath hat jedoch auf Antrag der Baukommission dieses Ansinnen abgelehnt, vor Allem, weil er sich nicht durch die Aufnahme einer solchen Klausel in wirthschaftliche Kämpfe einmischen will. — Ein französisch-marokkanischer Grenz-Zwischenfall hat zu Blutvergießen geführt. Eine Abtheilung von fünfzig französischen Schützen wurde am 23. d. M. nachts von ungefähr einer gleichen Anzahl berittener Marokkaner an der Grenze angegriffen. Es entstand ein heftiges Gefecht, bei dem es mehrere Todte und Verwundete gab. Die französische Regierung hat eine Beschwerde-Note an die marokkanische Regierung gesandt. Viel Wirkung wird das freilich nicht haben, denn vorläufig wartet Marokko noch immer auf Beantwortung seiner letzten an Frankreich gerichteten Beschwerde-Note. — Aus New-Orleans melden die New-Yorker „Evening News": New-Orleans war drei Nächte hindurch einem Pöbel weißer Männer preisgegeben, welche Neger niederschossen aus Rache dafür, weil am letzten Montag ein Neger Namens Charles zwei Polizisten ermordet hatte. Freitag Abend umstellte eine Abtheilung Polizisten das Haus, in welchem Charles verborgen gehalten wurde. Er tödtete drei Polizisten und einen Knaben, der zusah; dann wurde das Haus von der Polizei in Brand gesteckt. Als Charles dann hinauslief, wurde er buchstäblich in Stücke geschossen. Ein weißer Volkshaufe begann dann, Negerwohnungen, Geschäftshäuser sowie Schulen in Brand zu stecken und Schwarze zu erschießen, wo man sie fand. Man glaubt, daß im ganzen über dreißig Neger getödtet sind. Der Mann, in dessen Hause Charles verborgen war, wurde gefangen, gehängt, erschossen und zuletzt in Stücke geschnitten. 2000 Mann Miliz und besondere Polizei bemühen sich, Ordnung zu halten, aber die Tumulte haben Sonnabend neu begonnen.

Italien.

Attentat auf den König. Als am gestrigen Sonntag König Humbert in seiner Sommerresidenz Monza (Provinz Mailand) nach der Preisvertheilung bei dem Wettturnen seinen Wagen besteigen wollte, wurde er von drei Schüssen, von denen einer durchs Herz ging, getroffen. Die Verwundung war so schwer, daß der König nach einer Stunde tot war. Als Mörder wurde ein gewisser Angelo Bressi aus Prato in Toscano verhaftet. Derselbe hat sein Verbrechen bereits eingestanden. Nur mit Mühe konnte die Polizei den Mörder vor der Lynchjustiz der wütenden Volksmenge retten. Welche Veranlassung Bressi gehabt hat, den König zu ermorden, wird in den offiziellen Telegrammen nicht gesagt, ebensowenig stempelt man ihn, nach früherer Gewohnheit, zu einem Anarchisten. Daß wir Sozialdemokraten den Mord auf das Schärfste verurtheilen, bedarf keiner weiteren Worte.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Die ziemlich planlose, im Guerillakrieg aber einzig mögliche Verfolgungsoperation des Lord Roberts ermüdet die englischen Truppen und ruinirt ihr ohnehin ganz unzulängliches Transportmaterial gewaltig. Eine Depesche Lord Roberts' aus Pretoria vom 27. Juli besagt: Die Generale French und Hutton setzten die Verfolgung des Feindes vom 25. Juli fort. Der Erstere überschritt den Oliphants-Fluß und konnte Middelburg sehen sowie den Feind, der sich in einer Entfernung von 7 Meilen in großer Unordnung längs dem Wege nördlich von der Eisenbahnlinie zurückzog, welcher durch Reiter und Wagen auf mehrere Meilen versperrt war. Es war unmöglich, den Feind dann weiter zu verfolgen, da der Rest der Truppenmacht noch westlich vom Oliphants-Fluß stand und der Regen in Strömen floß. Der Regen dauerte die ganze Nacht an, mit heftigem Ostwind. Unter den Maulthieren und den Ochsen ist die Sterblichkeit groß, die Haltung der Mannschaften ist vortrefflich. Hunter besetzte Fouriesburg, wo er die Gattin des Präsidenten Steyn und mehrere britische Gefangenen antraf. Broadwood überwacht noch Christian Dewet, der mehrere hohe Hügel in der Nähe von Reitzburg, sieben Meilen südlich vom Vaal, besetzte. P. Dewet, ein junger Bruder Christians, ergab sich. Methuen rückt nach Potschefstroom vor.

Die Londoner Blätter veröffentlichen folgende Depesche aus Kaptstadt vom 27. Juli: Dewet hat sich erboten, sich zu ergeben unter der Bedingung, daß seinen Mannschaften gestattet werde, unbelästigt nach ihrem Wohnsitz zurückzukehren. Feldmarschall Roberts weigerte sich, auf ein derartiges Anerbieten einzugehen, und verlangte, daß de Wet sich bedingungslos ergebe. — Die Nachricht, daß Christian Dewet sich erboten haben sollte, sich zu ergeben — er, der unvergleichliche Guerillakriegführer — halten wir für ganz unmöglich. Vielleicht, handelt es sich um Paul Dewet, den jüngern Bruder Christians, der sich, wie aus der oben wiedergegebenen Depesche des Lord Roberts hervorgeht, auch bereits ergeben haben soll.

200 Buren sollen sich, nach einer Meldung der „Daily Mail" aus Leribe, am Mittwoch in Ficksburg ergeben haben.

Wie das „B. T." aus Lourenzo Marques meldet, wurde dort Kriegskontrebande entdeckt, wofür Bahnbeamte

verantwortlich seien. Die Nachrichten sind noch unvollständig, doch handelt es sich um einen schweren Fall.

Das „Amsterdamer Handelsblad" veröffentlicht eine offizielle Bekanntmachung der Transvaal-Regierung, wonach die Engländer dem Generalkommandanten Botha und dem Burengeneral Delarey ein jährliches Einkommen von 10000 Pfund Sterling angeboten haben, falls sie die Waffen niederlegen. — In der Bekanntmachung zweifelt Präsident Krüger „nicht daran, daß ein ähnliches Angebot auch dem Präsidenten Steijn und ihm selber sowie dem Kommandanten Christian de Wet gemacht werden wird, da die Engländer sehr gut begreifen, daß sie, wenn erst diese Hauptpersonen unseres Kampfes um die Freiheit ohnmächtig gemacht sind, leichtes Spiel mit dem ganzen Burenvolke haben werden. Es dürfte wohl überflüssig sein zu konstatiren, daß unsere Führer erklärt haben, lieber zu sterben, als Verräther ihres Vaterlandes und ihrer Landsleute zu werden." — Da es den Engländern trotz ihres Riesenheeres nicht gelingt, das kleine tapfere Burenvölkchen niederzuzwingen, wollen sie es mit dem Mammon versuchen. Ist das nicht schmachvoll und zugleich ein Geständniß eigener Schwäche?

China.

Die Wirren in China. Das Räthsel von Peking ist noch immer nicht gelöst. Man ist nicht klüger als zuvor. Nun wird dem Londoner „Daily Expreß" aus Schanghai vom 26. Juli gemeldet, Li-Hung-Tschang erkläre, die fremden Gesandten seien schon auf dem Wege nach Tientsin, wo sie am Sonntag eintreffen sollen. Prinz Tuan, der Boxerkönig, sei getödtet worden. Die Boxer seien in letzter Zeit in zwei Parteien getheilt gewesen. Die eine wollte die Mandschus niederwerfen und die Ming-Dynastie wieder aufrichten, die andere trat für Tuan ein. In einem verzweifelten Kampfe außerhalb der östlichen Thore der Stadt sei die Partei Tuans geschlagen worden und Tuan selbst gefallen. — Das sind sicherlich an sich wichtige Nachrichten, nur schade, daß für ihre Richtigkeit niemand eine Gewähr übernehmen kann. Wer traut denn heutzutage noch dem fuchsschlauen Li-Hung-Tschang über den Weg, noch dazu wenn er sich eines so berüchtigten Blattes, wie des „Daily Expreß", bedient? Immerhin ist die Meldung, daß die Gesandten bereits nach Tientsin unterwegs sind, nicht ganz unwahrscheinlich, denn man wird sich erinnern, daß bereits am Sonnabend aus Washington gemeldet wurde, daß der dortige chinesische Gesandte Wu-ting-fang den Versuch gemacht habe, die Einstellung der Vorbereitungen zum Vormarsch auf Peking zu erwirken mit dem Versprechen, daß die Gesandten nach Tientsin ausgeliefert werden würden — ein Versuch, der von der Regierung der Vereinigten Staaten zurückgewiesen wurde. Die Zurückweisung war selbstverständlich, denn auf eine bloße Versprechung des Herrn Wu-ting-fang und seiner anonymen Hintermänner kann natürlich garnichts gegeben werden; auch die amerikanische Regierung, die bekanntlich am meisten allen Racheplänen abgeneigt ist, konnte sich da nicht der Gefahr aussetzen, von den Chinesen genasführt zu werden. Jedoch würde, wenn in der That die Gesandten — und nota bene auch die anderen Fremden aus Peking — demnächst wohlbehalten in Tientsin eintreffen sollten, die Situation sich wohl ändern. Wenn sich ferner auch der Tod Tuans bestätigen sollte, so würde sich eine weitere Klärung und Besserung der Lage ergeben, die wesentlich günstigere Aussichten eröffnen würde.

Ein Telegramm des amerikanischen Konsuls Fowler in Tschifu vom 26. Juli um Mitternacht lautet: Heute früh richtete ich auf Verlangen der verbündeten Admirale ein Telegramm an den Gouverneur von Schantung, worin ich ihm die Wünsche der Admirale mittheilte, von den Gesandten in Peking selbst Nachricht zu erhalten. Der Gouverneur antwortet jetzt: Ich habe heute ein Dekret des Kaisers von China (welcher?) erhalten, worin es heißt: Die Gesandten sind wohl und werden mit Lebensmitteln versehen. Ich bin davon überzeugt, daß die Gesandten außer Bedrängniß sind. Ich bitte Sie, diese vorläufige Mittheilung an die Admirale gelangen zu lassen. Gezeichnet: Yuan-schi-kai. — Auch sonst sind gute Nachrichten aus Peking eingegangen. Im englischen Unterhause theilte Freitag der Abg. Pritchard Morgan mit, er habe aus glaubwürdigster Quelle (die er nicht näher bezeichnete) die Nachricht erhalten, daß der englische und alle übrigen fremden Gesandten in Peking — mit Ausnahme des deutschen — am 24. d. M. am Leben waren. — In Petersburg ist schließlich eine Depesche Li-Hung-Tschangs vom 26. Juli eingetroffen, wonach die Regierung in Peking ihm vom 23. Juli telegraphirt habe, daß alle Gesandten wohl seien. Li-Hung-Tschang beklagt sich zugleich, daß keine der Mächte eingewilligt habe, ihm ein Kriegsschiff zur Verfügung zu stellen, auf dem er sich nach Norden hätte begeben können; zu Lande werde er zu vielen Hindernissen begegnen.

Außer den bereits wiedergegebenen Meldungen liegen noch zahlreiche andere vor, in denen sämmtlich die Behauptung wiederkehrt, daß die Gesandten, mit Ausnahme v. Kettelers, sämmtlich noch wohl und munter und außer aller Gefahr sind. Aber was nützen alle diese, meist von Li-Hung-Tschang, Scheng und Yuan-schi-kai herrührenden Versicherungen, wenn die Gesandten selbst nichts von sich hören lassen? Wiederholte Betheuerungen verlieren nur zu bald ihre Beweiskraft. In London finden z. B. Li-Hung-Tschangs Erklärungen über die Eskortirung der Gesandten nach Tientsin keinen Glauben mehr.

Der italienische Konsul in Hongkong ersuchte, um die Zuverlässigkeit der Versicherungen der Chinesen bezüglich der Sicherheit der Gesandtschaften zu erproben, den stellvertretenden Vizekönig in Canton, sich mit dem italienischen Gesandten in Peking in Verbindung zu setzen, um von ihm eine Antwort auf eine Anfrage in einer Angelegenheit zu erlangen, die nur dem Gesandten und dem Konsul bekannt ist. Der Vizekönig erwiderte, er könne dem Ersuchen nicht Folge leisten, da es über sein Vermögen gehe; denn alle Botschaften aus Peking würden auf geheimen Wegen erlangt, und der Gouverneur von Schantung sei ihr Vermittler. Das ist eine echt diplomatische Antwort, aus der Jeder sich das Beste herauslesen kann. Aufklärung verschafft sie nicht. Die Blätter in Schanghai veröffentlichen die Mittheilung eines einflußreichen Bankiers, der in der Nähe der britischen Gesandtschaft in Peking wohnte. Derselbe verließ Peking am 7. Juli und traf in Schanghai am 27. Juli ein. Beim Weggang waren die Gesandtschaften zerstört und alle Europäer verschwunden. Er kann nicht bestimmt sagen, ob sie ermordet seien oder nicht. Das würde also mit den früheren Meldungen stimmen, wonach wenigstens bis zum 7. Juli noch die Gesandten in Peking gewesen sind und auch gelebt haben. Für die Zeit nach diesem Tage fehlt aber bisher jede einigermaßen authentische Nachricht; selbst die Depesche des amerikanischen Gesandten Conger soll, wie jetzt aus Washington verlautet, eine Fälschung sein. Nach Meldungen aus Washington ist dort die anfängliche Vertrauensseligkeit überhaupt völlig geschwunden. Eine Depesche der Agentur Laffan meldet, die Regierung der Vereinigten Staaten habe jetzt ihre Beweise dafür, daß sowohl der Gouverneur von Schantung wie der Taotai von Schanghai die Kopie des geheimen amerikanischen Code besitzen und daß die angebliche Conger'sche Depesche eine Fälschung ist. Nach dem „Newyork Herald" soll sogar das amerikanische Staatsdepartement den absoluten Beweis besitzen, daß die betreffende Depesche Congers von Scheng und Yuan-schi-kai chiffrirt ist. Wenn das wirklich wahr ist — noch fehlt die amtliche Bestätigung — so wäre es höchst beklagenswerth und zugleich ein positiver Beweis für die grenzenlose Unehrlichkeit der chinesischen Diplomaten.

Nach der italienischen „Corrispondenza Politica" hat der Herzog von Caetani-Sermoneta eine Nachricht über Nanking erhalten, daß sein Sohn Livio (Legationssekretär bei der Pekinger Gesandtschaft) sich in Sicherheit befinde. Sermoneta hatte eine große Summe ausgesetzt für jedwede sichere Nachricht über das Schicksal seines Sohnes.

Der belgische Konsul zu Schanghai meldet vom 28. d. M.: Der Taotai Scheng theilte eben mit, daß alle Missionare in Paotiefu ermordet, die belgischen Missionare in der Ostmongolei aber wohlbehalten seien. Scheng erklärte weiter, daß die chinesische Regierung, falls die Verbündeten auf Peking marschiren, möglicherweise nach Hoinganfu flüchten werde.

Ueber die russischen Verluste bei der Erstürmung von Tientsin meldete der Oberst Flug nach Petersburg: Getödtet 6 Offiziere, darunter ein Oberstleutnant, und 22 Soldaten; 126 Soldaten wurden verwundet.

Aus der Mandschurei sind dem russischen Generalstab vom 28. Juli Nachrichten zugegangen, welche besagen: General Niedermüller meldet telegraphisch aus Stryetensk vom 27. Juli, daß das Detachement des Obersten Schwerin zur Verstärkung der Garnison in Blagowestschensk entsandt sei. Nachmittags brannte es im Orte Moche gegenüber der Station Ignaschino am Amur, die Bevölkerung floh. In Moche blieb ein russischer Posten zurück.

Die „Einigkeit der Mächte", hat, trotz aller offiziösen Beschwichtigungsversuche, ein großes Loch. Bisher hat man sich noch nicht einmal über den Oberkommandirenden einigen können. Der amerikanische Admiral Remey meldete seiner Regierung, alle Besprechungen über die Wahl eines Oberbefehlshabers der verbündeten Streitkräfte seien ohne Ergebniß geblieben Es würde nothwendig werden, daß die Mächte darüber eine Konferenz in einer der Hauptstädte abhielten.

Telegraphischer Meldung aus Schanghai zufolge, befinden sich auf Dampfer „Stuttgart" folgende deutsche Verwundete auf Heimreise:

Von S. M. S. „Iltis": Casmir, Ledherz, Sontowski, Schoppengert, Kranks. Von S. M. S. „Hertha": Vorpahl, Brehme, Klingberg, Boos, Holzknimper, Leißner, Lindner, Röhrs, Reinstrom, Hartwig, Pesmüller, Dallmeyer, Weber, Tümoler, Ohrt, Meyer, Grunau, Reinicke, Annacker, Grammel, Bedorf, Wohnsen, Glomb, Fricke, Webers, Köhring. Von S. M. S. „Hansa": Friedrichsen, Walter, Schwan, Schulz, Siebert, Müßig, Link, Röniger, Trost, Grundt, Hamann, Fillner, Fischer, Zander. Von S. M. S. „Kaiserin Augusta": Bebensee, Klein, Kesse-Löhmer, Lauterbach, Blankenburg, Elberg. Von S. M. S. „Irene": Noak, Hanke. Von S. M. S. „Jaguar": Kleist, Krauß, Wünnemann. Von S. M. S. „Gefion": Dethleff. Vom Gouvernement Tsingtau: Zahlmeister Hagemeister, Feuerwerker Barb, Artillerist Struckmeyer, Orthen, Kolberg, Seesoldat Teubner, Branding, Merkt, Umbach, Mielke, Schulte II, Stein, Hildebrandt, Kleiner, Menge, Schmidt IV., Wege, Rensch.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 30. Juli.

Werftarbeiter aller Branchen, gelernte und ungelernte, meidet Hamburg bis auf Weiteres streng! Trutz den übermüthigen Scharfmachern!

Todtenliste der Partei. Das „Hamb. Echo" meldet: „Ein treuer Genosse, Redakteur Emil Meyer von der „Halberstädter Arbeiterzeitung", ist am 28. Juni, Morgens, in Hamburg im Neuen Allgemeinen Krankenhause nach zweimonatigem Krankenlager im Alter von 27 Jahren an der Schwindsucht gestorben. Meyer, ein Hamburger, ging Anfangs 1898 an Stelle des damals nach Harburg übergesiedelten Genossen Adler nach Halberstadt. Eine dreimonatige Gefängnißstrafe, die er Ende 1898 verbüßte und die er sich als verantwortlicher Redakteur des obengenannten Parteiblattes zugezogen hatte, mag wesentlich zu dem schnellen Ende unseres Genossen mit beigetragen haben." Meyer war ein kleiner stiller, bescheidener und anspruchsloser Mensch, eine jener ideal veranlagten Naturen, die im harten prosaischen Kampfe rasch erdrückt werden. Sein schwacher Körper war den Anstrengungen des Berufes, dem er sich mit voller Hingabe widmete, nicht gewachsen. Ein kluger Kopf, der eine gute Feder zu führen und die gefährlichen Klippen wohl zu umschiffen verstand, gerieth er dennoch — vielleicht auch gerade deswegen — bald in die bekannten Konflikte. Er selbst hat uns erklärt, daß während seiner Haft, welche unzweifelhaft ihm Jahre seines Lebens gekostet, der Staatsanwalt ihn in anerkennenswerth liebenswürdiger Weise behandelt habe, ganz anders als in den Strafanträgen, wie er, der selten scherzte, lachend hinzufügte. Nun beißen sie ihn nicht mehr. Uns war er ein lieber Freund. Im Jahre 1897 weilte er einige Wochen in Lübeck und übte sich in redaktionellen Arbeiten, die ihm gut gelangen und ebenso wie später seine Leistungen in Halberstadt, den Beifall der Leser gewannen. Auf dem Parteitage in Hannover sahen wir ihn zum letzten Male, dort gab noch die Bernsteinfrage den Stoff lebhafter Disputationen für uns ab. Jetzt ist er von uns gegangen, einer der aufrichtigsten und uneigennützigsten. Wen die Götter lieben, den lassen sie jung sterben. Möge er Nachfolger finden, die es ebenso gut meinen, wie er! Wir glauben damit seinen letzten Wunsch auszusprechen.

Preßstimmen zur Ablehnung des Antrags Pape. Der Lübecker Brief der „Kieler Zeitung" läßt sich über dieses Ereigniß, wie folgt, aus:

„Der Antrag des Herrn Pape, die Aufhebung dieser Verordnung, die den Reichsgesetzen widerspreche, war von 12 Mitgliedern der Bürgerschaft unterstützt worden. Man darf aber bei Leibe nicht annehmen, daß diese Herren ebenfalls auf dem Papeschen Standpunkt stehen; sie wollten vielmehr nur dem Senat Gelegenheit geben, sich über diese Angelegenheit auszusprechen und seine Ansicht darüber bekannt zu geben. Das geschah denn auch durch den Senator Herrn Dr. Fehling, der wohl unbestritten das befähigtste und diplomatischste Mitglied unseres Senats (Sonderbar! Auch uns wurde das schon oft gesagt, und wir haben extra darauf geachtet und — nie dergleichen gespürt! D. R) ist, in ausgiebigem Maße. In kurzen Zügen hat das Wolff'sche Bureau, seine Ausführungen bereits durch den Draht verbreitet, so daß ich es mir versagen kann, hierauf näher einzugehen. Das Verbot des Streikpostenstehens bleibt bestehen: die Bürgerschaft fiel dem Senat, wie von einem Bürgerschaftsmitgliede gebeten wurde, nicht in den Rücken, sondern lehnte den Antrag Pape mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers ab; der Senat hat also die gewünschte Rückenstärkung gefunden und kann sich seines Erfolges freuen. Ob der aber ein dauernder sein wird, oder ob nicht die Gerichte eine andere Auffassung von der Sache haben werden, bleibt abzuwarten. Ganz sicher scheint sich selbst der Senat seiner Sache in dieser Beziehung nicht zu sein. Verkündete er doch durch den Mund seines Kommissars Dr. Fehling, daß er eventuell eine entsprechende Redaktion der Verordnung vornehmen werde, nimmer aber dieselbe aufgeben werde. **In den Kreisen der Arbeiter und auch in anderen billig denkenden Kreisen wird die Ansicht des Senats und der Bürgerschaft nicht getheilt.** Wenn das Streikpostenstehen wirklich leicht zu Ausschreitungen Veranlassung giebt, wie es in der Verordnung des Herrn Dr. Fehling heißt, so giebt das Strafgesetzbuch Handhaben genug, um derartige Exzesse zu bestrafen, und daß sie sehr hart bestraft werden, wissen die Lübecker zur Genüge; denn hier sind bekanntlich in den Jahren 1896 und 1897 besonders drakonische Urtheile gefällt worden, die in ganz Deutschland Aufsehen gemacht haben. Die Debatte über diesen Gegenstand gestaltete sich recht dramatisch."

Zu der „Vorahnung" des Amtsblattes bemerkt die „Frankf. Ztg.":

„Es ist wirklich höchste Zeit, daß da der Reichskanzler eingreift und die Leute **zur Raison** bringt. Er würde thatsächlich den **ganzen Reichstag hinter sich** haben."

Das einflußreiche rheinische Zentrumsorgan, die „Köln. Volks-Ztg.", erinnert **daran, daß die** große Mehrheit des Reichstages der Auffassung Ausdruck gegeben hat, daß das Verbot des Streikpostenstehens gegen die Reichsgewerbeordnung verstoße und der Lübecker Senat nach Ablehnung der Zuchthausvorlage erst recht nicht zum Erlaß eines solchen Verbotes befugt gewesen sei, da der Reichstag unzweideutig erklärt habe, daß er ein solches Verbot nicht wolle. Deßhalb sei, obwohl man ja auch der Ansicht sein könne, daß die Einzelstaaten ein Recht hätten, selbstständig vorzugehen, das Vorgehen der Lübecker Behörde jedenfalls nicht loyal zu nennen. Sogar Staatssekretär Dr. Nieberding, der die Verordnung selbst in Schutz nahm, habe deutlich durchblicken lassen, daß er das Vorgehen Lübecks nicht als loyal ansehe. Dann heißt es weiter:

„Aber auch sachlich berechtigt war der Lübecker Senat zu der Verordnung nicht. Er beruft sich darauf, daß er sie nicht auf Grund des § 366 des Reichsstrafgesetzbuches, der auch den berühmten „groben Unfug" enthält, sondern kraft der ihm zustehenden allgemeinen Polizeihoheit erlassen habe. Aber dabei darf er sich doch nicht mit der Reichsgesetzgebung in Widerspruch setzen. Ueber das Koalitionsrecht der Arbeiter trifft der § 152 der Gewerbeordnung Bestimmung. Die Gewerbeordnung setzt auch fest, was als Mißbrauch der Koalitionsfreiheit strafbar sein soll: Drohung, Gewaltthätigkeit, Beleidigung und Verrufserklärung. Ein Einzelstaat hat nicht das Recht, diesen Einschränkungen irgendwie andere hinzuzufügen, auch nicht das Postenstehen. Der Lübeckische Senatskommissar sagte, der Senat habe auf Grund zahlreicher Gerichtsverhandlungen die Ueberzeugung erlangt, daß die Verordnung nothwendig sei, da in derselben festgestellt sei, daß das Streikpostenstehen sich als Quelle starker Verwilderung und wachsender Beunruhigung erwiesen habe! Ja, wenn die **Meinung einer Behörde,** irgend etwas sei eine „Quelle starker Verwilderung und wachsender Beunruhigung", schon zum Erlaß von Strafbestimmungen berechtigen soll, **wohin kommen wir da?** Von derselben Unbestimmtheit und Dehnbarkeit ist die weitere Behauptung, es könne nicht die Absicht der Reichsgesetzgebung sein, daß die Rücksicht auf die Streikenden die Rücksicht auf das allgemeine Wohl gestellt werde. **Wenn** die Ansicht einer Behörde über das „allgemeine Wohl" für die gesetzgeberischen Befugnisse der Einzelstaaten entscheidend sein soll, dann würde jeder Einzelstaat in der Lage sein, die Reichsgesetze nach Belieben zu „ergänzen" und außer Kraft zu setzen. Es kann unmöglich gestattet sein, daß ein Einzelstaat das, was er für „starke Verwilderung" hält, ohne Rücksicht auf die Reichsgesetzgebung mit neuen Strafparagraphen bekämpft und dabei in aller Gemüthsruhe voraussetzt, die Reichsgesetzgebung könne „unmöglich" etwas Anderes gewollt haben. Wenn wir mit dieser Art der Durchlöcherung und Aufhebung der Reichsgesetze erst anfangen, so ist kein Ende abzusehen."

Das Zentrumsblatt bestreitet entschieden, daß das Streikpostenstehen an sich eine „Quelle starker Verwilderung und wachsender Beunruhigung" sei. „Es mag der Polizei, die ja zu gern die Freiheit der Staatsbürger einschränkt, ein Dorn im Auge, und den Unternehmern, gegen die sich ein Streik richtet, unbequem sein, aber darum führt es noch lange nicht zur „Verwilderung". Wenn Arbeiter sich am Bahnhofe oder vor einer Fabrik aufstellen, ohne Jemand zu belästigen oder den Verkehr zu hemmen, nur um etwa ankommenden „Arbeitswilligen" mitzutheilen, daß ein Streik ausgebrochen ist, und an deren Solidaritätsgefühl zu appelliren, so wüßten wir nicht, wer dadurch „verwildert" oder „beunruhigt" werden könnte. Es ist das vielmehr das **gute Recht der Arbeiter.** Lassen die Posten sich Ausschreitungen zu Schulden kommen, gehen sie zu Beleidigungen, Drohungen oder Gewaltthätigkeiten über, so mögen sie bestraft werden. Dafür haben wir ja völlig ausreichende Gesetze. Aber nicht gegen diese Dinge, auch nicht gegen Verstöße wider die polizeiliche Ordnung wendet sich die Lübecker Strafbestimmung, sondern gegen das Postenstehen an sich. Man will sich nicht damit begnügen, die Posten zu überwachen und an Ungesetzlichkeiten zu hindern, sie sollen überhaupt nicht ausstellt werden, **damit die Polizei die Mühe nicht erst hat.** „Wenn der Senat von der „Rücksicht auf das allgemeine Wohl" spricht, so **verwechselt er offenbar die Polizei und die Unternehmer mit der Allgemeinheit.** Der Lübecker Fall zeigt wieder einmal, daß in den sogenannten „freien" Staaten die verhältnißmäßig **kleine Klasse wohlhabender Bürger, die das Regiment in Händen hat, manchmal weit reaktionärer, herrschsüchtiger und büreaukratischer ist, als die verschrieene Beamtenschaft nicht „freier" Staaten. Die Angelegenheit wird ohne Zweifel im Reichstage noch zu weiteren Erörterungen und Beschlüssen führen.**"

Eine — nichtöffentliche Gärtner-Versammlung tagte gestern Abend bei Rumohr, Marlesgrube, einberufen in allergrößter Stille von dem im Hirsch-Duncker'schen Fahrwasser schwimmenden Allgemeinen Gärtner-Verein. Uns ward — für Lübeck ein überaus seltenes Ereigniß — einmal wieder Gelegenheit gegeben, in Arbeiterkreisen hochgradige Rückständigkeit zu beobachten. Nicht etwa, daß man uns gekränkt hätte, — die anwesenden aufgeklärten Arbeiter haben herzlich gelacht — aber daß überhaupt in unserer Stadt solche Dinge noch möglich sind, das hat uns frappirt und uns einen Fingerzeig gegeben, wo wir noch zu arbeiten haben. Als Referent war ein junges Schwabenkind erschienen, das die längst gehörten Phrasen wieder vorschwäbelte, dabei ständig den anwesenden Vertreter der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Deutschen Gärtner-Vereinigung, Genossen Reitt-Hamburg, in der auffälligsten Weise provozirend. Man hätte nun erwarten dürfen, daß ebenso anständig, wie seitens des Gewerkschaftskartells in der „Flora" verfahren wurde, auch seitens der „Allgemeinen" vorgegangen würde. Doch das gab's nicht! Zunächst ließ man des Langen und Breiten auswärtige Gesinnungsgenossen die Versammlung langweilen, dann sich vom hiesigen „Kunst"gärtner-Verein „Phoenix" bescheinigen, daß dieser vom Allgemeinen nichts rechtes wissen wolle, und als dann Reitt das Wort erhalten hatte, unterbrach ihn inmitten seiner Rede der unglaublich täppisch vorgehende Vorsitzende mit der Bemerkung, er habe nur 10 Minuten zu reden, da — die auswärtigen Kollegen bald fortmüßten. Dem Genossen Kasch verweigerte der gute Herr überhaupt das Wort, ein Verhalten, das ihm sogar die — vielleicht — ernstgemeinte Mißbilligung des Referenten zuzog. Zum Schlusse herrschte allgemeiner Wirrwarr. Der Hauptwortführer der hiesigen „Allgemeinen" gerieth arg in Zorn, daß auch ihn das 10 Minuten-Gebot treffen solle und drohte mit Gehorsamsverweigerung, die Phönixvögel gaben die Erklärung ab, daß sie auf keinen Fall von der Leithammelschaft des Widerspenstigen etwas wissen wollten — kurzum, das reinste Flohtheater! Daß davon die blaue Organisation nicht profitiren wird, ist klar. Die denkenden Gärtner haben sich deshalb auch dorthin gewandt, wo sie Klarheit, Ruhe und wahre, aufrichtige Vertretung ihrer Interessen finden. Erwähnt sei noch, daß die Prinzipalssöhne recht zahlreich vertreten waren. Schöne Arbeiterorganisationen das, wo solche Herrchen die Pfeife blasen, nach der das „gewöhnliche" Volk tanzt. Hier haben die organisirten Lübecker Arbeiter Hand anzulegen. Sie müssen versuchen, den Kehricht von Unwissenheit, Kunstdünkel und Pracherstolz wegzufegen. Es ist zwar wieder einmal „ohne all Verdienst und Würdigkeit" manches Betheiligten, aber die Gerechtigkeit, der wir selbstlos zu dienen haben, erheischt es.

-ff. **Der Sanitätsverband** der freien Hülfskassen Lübecks hielt am 26. Juli im Vereinshause seine ordentliche Generalversammlung ab. Es waren nicht vertreten die Kassen der Wagenbauer und Tabackarbeiter. Der Kassenbericht ergab: Verwaltungskasse Einnahme 106.47 Mk., Ausgabe 74,41 Mk., Familienversicherung Einnahme 4271,21 Mk., Ausgabe 4257,76 Mk., Mitgliederzahl 2499, Medizinkasse Einnahme 736 25 Mk., Ausgabe 699,72 Mk., Mitgliederzahl 487. In den Vorstand wurden wiedergewählt: Th. Lippert, 1. Kassirer, Albrecht, 2. Vorsitzender, Ad. Ehlers, 2. Schriftführer. Es wurde beschlossen, auch in diesem Jahre ein Verbandsfest abzuhalten. Zur Regelung der Vorarbeiten ward dem Vorstande ein Komitee von 10 Personen zur Hülfe gestellt. Der Vorstand berichtete ferner, daß in nächster Zeit eine Revision des Krankenversicherungsgesetzes in Aussicht stehe. Ein Regierungs-Rath Hoffmann habe bereits einen Entwurf ausgearbeitet, der geeignet sei, die freien Hülfskassen und die Ortskrankenkassen zu schädigen. Danach sollen die freien Hülfskassen fernerhin als gleichberechtigte nicht mehr gelten. Noch schlimmer steht es mit den Ortskrankenkassen; man beabsichtigt, diese unter Aufhebung der Gemeindekrankenversicherung an die Gemeinde anzugliedern, den Vorsitzenden von der Gemeindebehörde einzusetzen und die nöthigen Kassenbeamten anzustellen. Das bedeute eine völlige Aufhebung des Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder. Dagegen sollen Innungs-, Betriebs- und Baukrankenkassen, welche sich bekanntlich in den Händen der Unternehmer befinden, unangetastet bleiben. Dieser Entwurf sei zwar kein offizieller Regierungsentwurf, zu befürchten sei jedoch, daß er dazu erhoben werde. Beschlossen wurde, daß der Sanitätsverband sich dem Verbande freier Krankenkassen (Sitz Hamburg) anschließt. Der Vorstand wurde beauftragt, gegen das geplante Attentat auf das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter und die Erdrosselung der freien Hülfskassen Schritte einzuleiten durch öffentlichen Protest.

Ein Fachmann schreibt uns: „Die beste Gelegenheit, einen Backstein ältesten Kalibers gratis auf den Kopf zu bekommen, haben jetzt die Leute, welche das Haus Untertrave 93 passiren. Es ist das eins von denen, welche gewisse Schwärmer gerne „erhalten" wissen möchten, weil es aus alten Zeiten stammt. Es ist merkwürdig, daß man den Zustand des Hauses noch nicht bemerkt hat, obwohl im zweiten Stock schon mehrere Steine aus dem durchgefaulten Fachwerk heraus sind; die Ständer sind direkt abgefault, man kann bis auf die innere Wandschalung sehen. Gleichwohl wohnen dort noch Menschen. Meines Erachtens genügt schon das Vorbeifahren eines schweren Lastfuhrwerkes, um weitere Steine zu lockern und auf die Straße zu schleudern." — Wir haben uns persönlich davon überzeugt, daß diese Darstellung nicht übertrieben ist.

Vom Travemünder Rennen werden die üblichen Ausschreitungen berichtet. Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß beabsichtigt wird, auf dem Verordnungswege dieser zur wachsenden Beunruhigung beitragenden Verwilderung dadurch vorzubeugen, daß man die Quelle verstopft, d. h. indem man die Rennen kraft der allgemeinen Polizeihoheit verbietet.

Zum Gewerkschaftsausflug. Das Comitee ersucht uns, die Gewerkschaftsvorstände daran zu erinnern, daß sie auf je 20 Mitglieder ein Hülfscomiteemitglied zu wählen haben. In der nächsten Versammlung muß dem spätestens Rechnung getragen werden.

Wismar. Der König geht. Der bekannte Polizeisenator Dr. König, dessen Staatsweisheit nahezu sprichwörtlich geworden in Deutschland, hat abgedankt. Dadurch wird allerdings der arme Holst nicht von Dreibergen erlöst!

Rostock. Im Postprozeß ist Berufung eingelegt worden.

Oderberg. Der „E.-Z." schreibt Jemand, daß es ihm in der Anstalt gefallen habe. Das hat Niemand bestritten. Vielen gefällt es absolut nicht, und über die Gründe sind nicht nur Laien, sondern auch Fachleute sehr getheilter Ansicht. Wir wollen nur dem Irrthume vorbeugen, als habe eine Zunahme des Körpergewichts um einige Pfund irgendwelche praktische Bedeutung. Das schwindet oft in ebenso viel Tagen, als es in Wochen erworben wurde, sobald der Patient wieder in die alte Arbeit zurückgeht.

Achtung, Parteigenossen!

Alle etwaigen Beschwerden über die prinzipielle und taktische Haltung des „Lüb. Volksb." usw. sind zu richten an den Vorsitzenden der Preßkommission, Genossen **Asmus Beck,** Ziegelstraße 37 a.

Briefkasten.

Gewerkschaftsausflug. Comitésitzung Dienstag Abend 8½ Uhr.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 28. Juli.

Der Schweinehandel verlief nur mittelmäßig.

Zugeführt wurden 1320 Stück. Preise: Sengschweine — Mk., Versandschweine schwere 48—50 Mk., leichte 50—51 Mk., Sauen 38—43 Mk. und Ferkel 47—50 Mk. pr. 100 Pfd.

Zu sofort ein **freundliches Logis** zu verm. Alsheide 17.

Gesucht eine Waschfrau
Gr. Vogelsang 7.

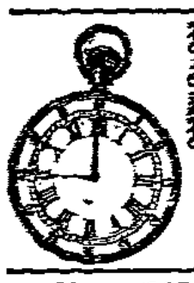
Daselbst 2 Kinderwagen zu verkaufen.

Zum 1. August
ein Laufbursche außer der Schulzeit.
Monatlich 5 Mk. Schlumacherstraße 6.

Ein wenig gebrauchtes Fahrrad
billigst zu verkaufen Fleischhauerstraße 38.

Ein Sitzwagen zu verkaufen
Mittelstraße 2, 2. Et.

Arbeitsschuhe
feste Handarbeit, aus gutem Material hergestellt, von Mk. 3.75 an.
Marlesgrube 38.



Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. **0,30.**
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

„Graphischer Gesangverein".

Bei der Ziehung der Tombola am Sonntag den 29. Juli im Lokale „Neu-Lauerhof" wurden folgende Nummern mit Gewinnen gezogen:

14	55	63	89	96	102	125	199
207	249	251	266	273	285	314	342
410	414	421	424	441	472	499	520
534	543	556	566	569	599	608	610
644	694	725	745	761	764	765	774
775	805	808	811	851	874	939	947
951	1000	1020	1029	1044	1064	1078	1080
1086	1098	1122	1138	1191	1195	1204	1219
1227	1233	1235	1249	1264	1268	1306	1380
1395	1411	1412	1413	1429	1462	1477	1485
1515	1531	1544	1545	1577	1581	1603	1604
1612	1618	1666	1670	1674	1701	1722	1723
1728	1740	1750	1775	1808	1814	1826	1851
1876	1919	1934	1940	2006	2009	2092	2152
2163	2180	2239	2291	2303	2372	2404	2409
2460	2468	2478	2516	2522	2529	2593	2596
2599	2605	2608	2615	2677	2702	2719	2723
2736	2775	2822	2840	2851	2862	2896	2913
2915	2948	2952	2954	2959	2985.		

Die Gewinne sind vom Dienstag den 31. Juli bis zum 15. August, Abends von 7—10 Uhr, bei H. Klempau, Sülzstraße 6, unterhalb der Friedenstraße, parterre, abzuholen. Die bis dahin nicht abgeholten Gewinne verfallen der Vereinskasse.

Der Vorstand.

Neueste Errungenschaft der Lebensmittel-Branche!

D.R.PATENT No 97057 BERNEGAU'S VITELLO MARGARINE

Vitello

nach Deutschem Reichspatent No. 97057
aus feinstem Rinderfett
mit frischem Eigelb und pasteurisirter Sahne hergestellt, bietet dieselbe als ein
rein landwirthschaftliches Product

D.R.PATENT No 97057 BERNEGAU'S VITELLO MARGARINE

vollen Ersatz für beste Naturbutter.

Inhaber des Patents und alleinige Fabrikanten:

Van den Bergh's Margarine-Gesellschaft m. b. H., **Cleve.**

Fabrik-Niederlage: Lübeck, Braunstrasse 38.

Vor Nachahmungen wird gewarnt!

Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde u. Familie.
Herausgegeben von
Emanuel Wurm
unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten
Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Die Broschüre:
Wie ein Pfarrer Socialdemokrat wurde!
Eine Rede von
Paul Göhre, Pfarrer a. D.
ist soeben erschienen und zum Preise von 10 Pfg. zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Elegante Herren-Anzüge
tadelloser Sitz, werden, so lange der Vorrath reicht, zum wirklichen Spottpreis abgegeben.
Marlesgrube 38.

Entlaufen ein schwarzer Terrier.
Zeichen Nr. 364. Abzugeben
Mittelstraße 20 a.

Concordia-Garten.
Vogelschießen
am Donnerstag den 2. August 1900.
Anfang des Schießens Morgens 10½ Uhr.
Auf jeden Gewinn fällt eine Prämie.
Von 5 Uhr an: Garten-Concert.
Ballanfang Abends 8 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Friedrich Frahm.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 175. Dienstag, den 31. Juli 1900. 7. Jahrgang.

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

(14. November 1899 bis 12. Juni 1900.)

(Fortsetzung.)

Etat für die Schutzgebiete.

(Ostafrikanisches Schutzgebiet. Kamerun. Togo. Südwestafrikanisches Schutzgebiet. Neu-Guinea. Karolinen-, Palau-Inseln und Marianen, Samoa, Kiautschou)

Die Kosten, welche die vom Reich betriebene Kolonialpolitik dem Volke auferlegt, betrafen im laufenden Jahr nur für die Schutzgebiete — indirekte Ausgaben für die Kolonialpolitik befinden sich noch im Marineetat und in dem Gesetz für die Subvention für die Schiffe nach Asien, Australien und Afrika — 33 416 710 Mark, welche, wie alle Reichsausgaben, hauptsächlich aus den Zöllen und indirekten Steuern aufgebracht werden müssen. Bei den Riesenausgaben für die Kolonialpolitik, welche dem Volke bisher nur stetig steigende Lasten gebracht hat, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Kolonien immer wachsende Zuschüsse erfordern werden und daß nicht darauf gerechnet werden kann, daß die Kolonien sich selbst zu erhalten im Stande sein werden. Aber auch abgesehen hiervon, stehen wir der Kolonialpolitik ablehnend gegenüber, weil dieselbe, von blutiger Abenteurerlust getragen, sich in kulturwidrigen Bahnen bewegt und statt der Zivilisation zu dienen, brutalen und rohen Instinkten Vorschub leistet. Daß die Behauptung, die Kolonialpolitik brächte dem Handel und der Industrie und damit auch den Arbeitern vermehrte Beschäftigung, vollkommen unrichtig ist, ergiebt sich aus dem bisherigen Verlauf der Dinge mit unumstößlicher Sicherheit. Entsprechend unserer Stellung zur Kolonialpolitik im allgemeinen, haben wir auch die Vorlage betreffend Subventionen der Dampferlinien nach Ostafrika abgelehnt. Wir stimmten gegen diese Vorlage, weil nach unserer Meinung die Schiffsgesellschaften und Rhedereien, welche die Einnahmen aus dem Schiffsverkehr beziehen, auch die Kosten für den Betrieb der Dampferlinien zu übernehmen haben. Die deutschen Steuerzahler haben keinen Anlaß, dem Großkapital eine Dividende aus dem Schiffsverkehr durch Reichssubventionen zu garantiren.

Etat für die Verwaltung des Reichsheeres.

Im Jahre 1900 werden für Militärzwecke etatsmäßig verwendet in Summa 670 117 694 Mark. Durch die im Jahre 1899 erfolgte Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres ist die Friedenspräsenz vom 1. Oktober 1899 an allmählich derart erhöht, daß dieselbe im Jahre 1903 495 500 Gemeine, Gefreite und Obergefreite betragen und in dieser Stärke bis zum 31. März 1904 verbleiben wird. Hierzu treten die Unteroffiziere, Offiziere, Einjährig-Freiwilligen, sowie die Militärbeamten, die Genietruppen und das Sanitätspersonal des Landheeres. Zur Zeit beträgt die Friedenspräsenzstärke der deutschen Armee an Offizieren, Aerzten und Beamten 28 564 Mann und an Unteroffizieren, Gefreiten und Gemeinen 567 901 Mann, so daß eine Gesammtstärke von 594 665 Mann im Frieden vorhanden ist. Von der Regierungsvorlage des Jahres 1899, die eine Friedenspräsenz an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten von 502 506 Mann verlangte, hat der Reichstag 7006 Mann gestrichen, sich auf Antrag des Zentrums jedoch bereit erklärt, zwecks Aufrechterhaltung der zweijährigen Dienstzeit, wenn nothwendig, in erneute Erwägung darüber zu treten, ob die 7006 Mann nachträglich zu bewilligen sind. In den Anforderungen, welche das Kriegsministerium für die nächste Zeit in Aussicht gestellt hat, sind diese 7006 Mann zur Erhöhung der Friedenspräsenzstärke bereits in Betracht gezogen.

Wie alljährlich wurde die Berathung des Etats für das Reichsheer von unserer Fraktion benutzt, um neben unserer prinzipiellen Stellung zu dem herrschenden Militarsystem die Mißstände auf den verschiedensten Gebieten der Militärverwaltung klarzulegen.

Wir verlangen die Errichtung des Milizsystems, bei welchem die Bürger, mit Wehr und Waffe ausgerüstet, jeden Moment in der Lage sind, nicht nur auswärtigen Feinden die Stirn zu bieten, sondern mit dem auch den in reaktionären und großkapitalistisch-industriellen Unternehmerkreisen herrschenden Gelüsten, die sich gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung wehrenden Arbeiten in einem Blutbade zu ersticken, erfolgreich entgegengetreten werden kann.

Im Verlaufe der Verhandlungen über den Militäretat kamen wiederum Mißhandlungen von Soldaten zur Sprache. Eine ganze Anzahl der niederträchtigsten Rohheiten, von Vorgesetzten gegen wehrlose Untergebene verübt, wurden öffentlich an den Pranger gestellt. An dem guten Willen der oberen Verwaltung, solche Vorkommnisse durch Vorschriften und Ermahnungen zu verhindern, soll nicht gezweifelt werden, — aber das auf dem Kadavergehorsam aufgebaute Militärsystem der heutigen Zeit stachelt die schlechten und boshaften Instinkte einzelner bösartig und gemein veranlagter Individuen und läßt der persönlichen Macht und Willkür der Vorgesetzten einen weiten Spielraum.

Neben diesen Mißständen beschäftigte unsere Redner das in der Armee herrschende Duellunwesen. Der durch den sogenannten Ehrenkodex legitimirte Mord, als welchen man das Duell bezeichnen muß, zeitigt die traurigsten Blüthen und ist eine Mißachtung der für alle Reichsbürger geltenden Gesetze. Ein Ueberbleibsel mittelalterlicher Barbarei, wirkt die Ausübung dieses modernen Faustrechts verrohend, und wird, trotz aller Mahnungen von maßgebender Stelle, nicht eher ausgerottet werden, bis Duellanten strafrechtlich Mördern gleichgestellt werden. Für die tiefen moralischen Schäden, an denen es in der Armee nicht fehlt, legen eine Anzahl Prozesse Zeugniß ab, bei denen eine lebhafte Betheiligung von Offizieren an Spiel- und sonstigen Orgien nachgewiesen wurde. Die berüchtigten Spielerprozesse der letzten Zeit, sowie der sogenannte „Harmlosenprozeß" deckten die widerlichen Sümpfe auf, in denen „die Blüthe der Nation", der Geburts- und der Geldadel, zum Theil die Führung übernehmen. Außer diesen mehr ethisch-moralischen Mißständen im Heer wurden sozialpolitische Uebelstände zur Sprache gebracht. Die Verwendung von Soldaten zu Feldarbeiten für die Großgrundbesitzer, sowie die Hergabe von Mannschaften an die Industrie bei Streiks und die dadurch erfolgte Parteinahme der Militärverwaltung bei wirthschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern war Gegenstand scharfer Kritik seitens unserer Redner. Die Bezahlung und Behandlung der Militärwerkstättenarbeiter, die in diesen Arbeitsbastillen befindlichen sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, die Arbeitsbedingungen in den von der Militärverwaltung abhängigen Fabriken, der in den Arbeitskasernen herrschende Despotismus der Vorgesetzten — kurz alle hierbei in Betracht kommenden Einrichtungen und Vorkommnisse wurden eingehend beleuchtet und an der Hand unwiderlegbarer Thatsachen nachgewiesen, wie weit die Militär-Reichsbetriebe von der ihnen zugewiesenen Aufgabe, „Musteranstalten" zu sein, entfernt sind. Wie sehr die Militärverwaltung sich parteipolitisch gegen die Arbeiter und deren Organisation bethätigt, geht aus den Maßregeln hervor, welche die Militärverwaltung durch Verbot des Besuches bestimmter Lokale sowie Entziehung der Militärmusik 2c. ergreift.

Verwaltung der Marine.

Der Marineetat für das Jahr 1900 verlangt in Summa 162 521 132 Mk. Bei der Berathung des Marineetats wurden die Zustände in den Marinewerkstätten und auf den Werften, sowie die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen dieser Reichsbetriebe behandelt. Die Marineverwaltung rühmt sich sozialer Fürsorge für die von ihr beschäftigten Arbeiter. Die Art und der Umfang dieser Fürsorge fanden bei der Verhandlung über den Etat gebührende Beleuchtung.

Bei der Berathung kamen auch Beschwerden zum Vortrag über die Ausgaben, welche den Gemeinden, in deren Mitte sich Reichsbetriebe mit vielen Arbeitern befinden, durch Schul-, Krankenhaus- und event. Armenlasten entstehen und wurde im Anschluß hieran gefordert, daß zur Entlastung solcher Gemeinden vom Reich Mittel bewilligt werden. Einer diesbezüglichen Resolution haben wir zugestimmt, weil wir der Ansicht sind, daß namentlich den kleineren Gemeinden die durch den Betrieb von Reichsunternehmungen entstehenden Schul-, Kranken-, Armen- und sonstigen Lasten vom Reich zu vergüten sind.

Etat des Pensionsfonds und der Reichsschuld.

Für Zahlung von Pensionen werden im laufenden Jahre 68 164 000 Mark in Anspruch genommen. Vom Pensionsetat verschlingen die Militär- und Marinepensionen den größten Theil. Auch steigern sich die Summen für Militärpensionen um 2 696 000 Mark und für Marinepensionen um 240 000 Mark. Es wird jetzt im Heer und in der Marine mit dem Schlagwort „Verjüngung der Armee" gearbeitet. Eine Menge noch rüstiger und wohl auch im Allgemeinen tüchtiger und zuverlässiger Leute werden in verhältnißmäßig jungen Jahren pensionirt. Während diese Leute angeblich nicht mehr befähigt sind, den Friedensdienst in Heer und Marine zu leisten, sehen wir dieselben im Gemeindedienst oder in der Privatindustrie thätig werden und dort den Steuerzahlern, welche die Pensionen mit aufzubringen haben, Konkurrenz machen.

Für die Verzinsung der Reichsschuld, welche seit dem Jahre 1888 von 750 Millionen auf 2300 Millionen Mark gestiegen ist, sind im Etat für 1900 77 407 000 Mark, wozu noch 293 500 Mark für die Schuldenverwaltung kommen, zusammen also 77 700 500 Mark eingesetzt. Das riesige Anschwellen der Reichsschuld ist wesentlich die Folge der fortwährenden Verstärkung des Militarismus zu Wasser und zu Lande.

Es ist interessant, festzustellen, daß, während die Bevölkerung des Deutschen Reichs sich seit dem Jahre 1888 um etwa 14 pCt. vermehrt hat, die ordentlichen Ausgaben für Militärzwecke um 50 pCt., die Marineausgaben um nahezu 100 pCt., die Pensionsausgaben um 140 pCt. und die Ausgaben für Verzinsung der Reichsschuld um 160 pCt. gestiegen sind. Wie kolossal die Vermehrung der Ausgaben für Militär- und Marinezwecke in dem letzten Jahrzehnt gewesen ist, ergiebt sich aus der Thatsache, daß während der ersten zehn Regierungsjahre des jetzigen Kaisers nahezu 1700 Millionen Mark mehr für Landheer und Marine aufzubringen waren als während der letzten zehn Jahre seines Vorgängers, des Kaisers Wilhelm I.

Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.

Die Einnahmen des Deutschen Reiches fließen, abgesehen von den Ueberschüssen aus der Post- und Telegraphen-Verwaltung und den Einnahmen aus den Reichsstempelabgaben, sowie aus den Reichseisenbahnen, dem Bankwesen und einigen anderen Reichsverwaltungen im wesentlichen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern.

Im Jahre 1900 sind in diesem Etat 789 725 000 Mark als voraussichtliche Einnahmen veranschlagt. Von welchen Klassen der Bevölkerung diese ungeheure Summe hauptsächlich aufgebracht werden muß, ergiebt sich sehr klar, wenn man die einzelnen Posten dieses Etats ansieht. Da finden wir angesetzt:

Sumpfland.

Roman von Dora Duncker.

(65. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Anna rang die Hände in bitter verzehrender Qual. „Nein, — o nein — Du nicht, Georg — Du darfst Dich nicht anklagen."

„Dennoch thue ich's. Auch Schweigen im unrechten Augenblick kann zur Lüge werden, nicht noch einmal will ich's auf mich nehmen. Vielleicht ist es noch nicht zu spät, wieder gut zu machen. Ich bin frei, Du kannst frei werden, wenn Du willst — wenn Du den Muth, die Kraft hast. Ein Mann, der vier Jahre nicht an Deiner Seite war, wird Dich nicht halten wollen für's Leben. Wirf dies unwürdige Scheinleben ab, Anna. Vergönne mir's, Dich in ein neues, glückliches, wahres zu führen!"

Georg war um den Tisch herumgegangen und hatte sich auf die Bank dicht an ihre Seite gesetzt.

Nun ergriff er mit fiebernden Fingern ihre Hand, die kalt und schwer in der seinen lag.

„Anna, wie manches schöne Jahr haben wir schon durch meine Thorheit — mein Zögern und Bedenken verloren — noch ist es nicht zu spät — noch ist es Zeit, nachzuholen wenn Du nur den Willen — den Muth dazu hast. — Wir wollen fort von hier, fort aus dieser Enge, die Dich zermalmt — ich habe Dir's angesehen auf den ersten Blick. Die Fabrik kann warten, und das Kind ist in guten Händen. — Wir ziehen hinaus in die schöne Welt, von der Du noch so wenig kennst — fort aus diesem freudenarmen Hause, in dem Du Deine Jugend, Deine Schönheit vertrauerst — weit fort — in den Wald — in die Berge — wo jeder erbitterte Kampf verstummt — wo reine Freude uns umfängt — über uns der lachende Himmel — in unseren schwergeprüften Herzen endlich — endlich das Glück!"

Er war an ihrer Seite niedergesunken. Glühende Küsse preßte er auf ihre Hände.

Es war über ihn gekommen, er wußte selbst nicht wie. Wie ein lange zurückgestauter Strom, der, wenn Sturm und Gewitter ihn schwellen machen, endlich auch die künstlichsten und festesten Dämme durchreißt, brach es aus diesem Mann hervor, der Jahre lang geschwiegen und sich gemeistert hatte.

Die Nähe des geliebten Weibes — ihr stummer Gram, das düstere Geheimniß, das sie umgab, hatten ihn überwältigt.

Anna hatte auch jetzt noch kein Wort gesprochen. Aber ihre Hand, die noch in der seinen lag, als er nun wieder neben ihr stand, war von der Gluth der seinen durchströmt worden und bebte in seinen fiebernden Fingern.

Nun beugte er sich zu dem schweigenden Weibe hinab. das mit gesenktem Haupte regungslos auf dem schmalen Bänkchen saß.

„Vergieb mir, Anna! Ich durfte so lange nicht sprechen! Heute noch nicht! Ich weiß, ich fühle es — aber es war übermächtig in mir. Und nun sag' Du ein Wort Anna! Hast Du den Muth — willst Du der Lüge ein Ende machen?"

Sie waren zusammen aus der Laube getreten. Der Mond war aufgegegangen und schien voll auf ihre weißen, erregten Gesichter.

Georg beugte sich über sie und sah ihr flehend ins Auge. Aber sie wich seinen Blicken aus, sie schien ihn überhaupt nicht zu sehen.

Vor ihr stand Rudolf, des Vaters Schuldbekenntniß in der hocherhobenen Hand, und neben ihm tauchte des Vaters angstverzerrtes, schweigenflehendes Antlitz auf.

„Anna — ein Wort! Ein einziges Wort!"

„Ah so — ganz recht —" stieß sie hervor — vor Angst gefoltert, daß ihr in diesen qualvollen Minuten ein verrätherisches Wort über die Lippen gehen könne — „geh' jetzt, Georg — ein andermal."

„Anna — um Gotteswillen — besinne Dich — ist das Deine ganze Antwort —?"

Sie drängte ihn sanft zurück.

„Ja, Georg — — ich —"

„Wie soll ich das verstehen?"

„Es kann nicht sein, Georg! O, frage mich doch nicht! — Dringe nicht weiter in mich! Dank, innigen Dank kann ich Dir geben — herzliche Freundschaft — sonst nichts!"

Einen Augenblick stand er wie erstarrt.

Dann raffte er sich noch einmal auf.

„Ist das Dein letztes Wort?"

Sie nickte nur stumm mit dem Kopf, aber ein Blick traf ihn, so flehend, so schmerzdurchfluthet, daß er den seinen abwenden mußte. Dann beugte er sich auf ihre Hand, die wie leblos an dem weißen Gewande herabhing, und schritt schweigend durch die Gitterpforte in's Freie hinaus.

37. Kapitel.

„Anna — es ist spät, ich möchte zu Bett — kommst Du noch nicht herauf?"

Es war die dünne, zittrige Stimme der Räthin, die diese Worte in den nachtdunkeln Garten herabrief. Der Mond hatte sich hinter einer Wolkenwand versteckt.

„Ja, Mutter — gleich — ich komme."

Anna schleppte sich müde die wenigen Stufen hinauf.

„Du willst schlafen, Mutter — gute Nacht — ah so — die Thür — laß nur — ich schließe sie schon selbst. Mein Kopf thut weh — ich möchte noch ein Bischen im Freien bleiben."

Anna schritt die Stufen wieder hinunter, ohne auf das zu achten, was die Mutter ihr noch nachrief. Ihre Füße trugen sie kaum, aber sie setzte sich nicht wieder in die Geisblattlaube; ihr schwüler Duft, die Erinnerung an Georgs kaum verhallte Worte, an die Küsse, die er auf ihre Hand gepreßt, ängstigten sie und beklemmten ihr die Brust.

Nicht weit von der Gitterthür war noch eine schmale Bank unter jetzt verblühten Fliedersträuchen angebracht; auf die ließ Anna sich nieder. Sie beugte sich vornüber und legte den Kopf in beide Hände.

Frei sollte sie sich machen! Das war Georgs Forderung gewesen.

1. Zölle	473 220 000	Mk.
2. Tabaksteuer	12 143 000	„
3. Zuckersteuer	102 009 000	„
4. Salzsteuer	47 810 000	„
5. Branntweinsteuer:		
a) Maischbottich- u. Branntweinmaterialsteuer	18 488 000	„
b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag zu derselben	105 813 000	„
6. Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier	30 165 000	„
Averse für Zölle und Verbrauchssteuern:		
7. a) Zölle und Tabaksteuer	56 000	„
b) Zuckersteuer, Salzsteuer, Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer	19 360	„
8. Brausteuer	1 640	„
Summa:	789 725 050	Mk.

Die Summe der Zölle von 473 220 000 Mk. fließt zum größten Theil aus der Verzollung folgender Artikel: Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais, Malz, Fleisch, Früchte, Gewürz, Heringe, Kaffee, Reis, Kakao, Thee, Schmalz, Petroleum usw.

In der durch vorstehende Zahlen illustrirten Zoll- und Steuerpolitik kommt die das Volk degenerirende und namentlich die Arbeiterklasse schwer schädigende Wirthschaftsweise des herrschenden Systems zu charakteristischem Ausdruck. Solange die sozialdemokratische Partei parlamentarisch thätig ist, hat sie — entsprechend den Forderungen des Programms — gegen diese volksfeindliche Zoll- und Steuerpolitik gekämpft. Wir verlangen an Stelle der Zölle auf Lebensmittel und an Stelle der indirekten, vorzugsweise die breiten Massen belastenden Steuern direkte progressiv steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, die von denjenigen Bevölkerungsschichten aufzubringen sind, deren Einkommen und Besitz sie befähigt, Steuern zu zahlen, und die erst durch die ökonomisch-kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse in die Lage kommen, Besitz und Eigenthum zu erwerben. Von diesen Grundsätzen ausgehend, sind wir Gegner der Zölle auf Lebensmittel, welche Brot, Fleisch und andere Lebensbedürfnisse der Arbeiterklasse vertheuern, sind wir Gegner der indirekten Steuern auf Zucker, Salz, Branntwein, Tabak, Bier usw., welche den Konsum der nothwendigen Genuß- und Lebensmittel des arbeitenden Volkes einschränken. Diese prinzipiellen Anschauungen haben unsere Redner bei der Berathung des Zoll- und Steueretats vertreten und nach diesen Grundsätzen wird die Fraktion gegenüber dem aus Anlaß des Ablaufs der Handelsverträge von agrarischer Seite beabsichtigten Beutezug verfahren und mit allen Mitteln die Lebensmittelvertheuerung, den Brot- und Fleischwucher bekämpfen.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In Basel streikten 15 Pflasterbuben von 12 bis 13 Jahren um eine Erhöhung ihres geringen Lohns für schwere Arbeit. Der Streik hatte Erfolg. — Die Polizisten in Winterthur (Schweiz) erreichten, unterstützt von der sozialdemokratischen Presse, eine Verbesserung ihrer Lage. — In Le Havre ist unter den Kohlenausladern ein Ausstand ausgebrochen. Es streiken ihrer etwa 600 Mann.

Von einem unerhörten Stück Unternehmerterrorismus wird aus Lommatzsch (Sachsen) berichtet. Der Besitzer der dortigen Glasfabrik C. Menzel und Söhne hat vor kurzem von seinen Arbeitern verlangt, sie „möchten" aus ihrer Organisation austreten. Diesem dreisten Verlangen kamen auch alle Arbeiter bis auf einen thatsächlich nach. Dieser eine aber hatte bei der Firma noch 222,68 Mk. Schulden, mit welcher Summe sein Chef ihn aus seiner früheren Stellung „ausgelöst" hatte — natürlich nur, weil er ihn nothwendig brauchte —, trotzdem wurde der Arbeiter ob seines Festhaltens am Verbande einfach auf die Straße gesetzt. Nun sollte man glauben, jetzt sei der Rachedurst der Firma gestillt gewesen. Weit gefehlt. Um den Mann ein für allemal „todt" zu machen, leistete sie sich folgende niedliche Denunziation, die sie in Form eines Schreibens an den neuen Arbeitgeber des Gemaßregelten richtete:

(Ort, Datum und Anschrift.)

Wir brachten in Erfahrung, daß der Glasmacher N. N., den wir wegen sozialistischer Agitation und rüpelhaften Betragens aus seiner Stellung entließen, in Ihrem Werke beschäftigt ist.

Da wir N. aus seiner früheren Stellung mit 300 Mk. auslösten, trotzdem er aber bei uns sehr gut verdiente, blieb er doch immer in einem Vorschuß von 2—300 Mk. und erlauben wir uns die ganz ergebene Anfrage, ob Sie uns zur Erlangung unseres Guthabens an N., welches 222,68 Mk. beträgt, behilflich sein würden.

Falls sich N. nicht zur Rückzahlung des Vorschusses verstehen sollte, würden wir uns veranlaßt sehen, unter Verzicht auf unser Guthaben, denselben ohne Weiteres über die Grenze bringen zu lassen.

Indem wir hoffen, in dieser Angelegenheit auf Ihre geschätzte Unterstützung rechnen zu dürfen, empfehlen wir uns, zu Gegendiensten stets gern bereit

Mit vorzüglicher Hochachtung ergebenst

gez. Karl Menzel und Söhne.

E. Menzel.

Zur Arbeitsknechtschaft kommt hier noch die Schuldknechtschaft und obendrein die drohende Ausweisung. Es hieße die Wirkung dieser Epistel abschwächen, wollten wir nur ein Wort weiteren Kommentars hinzufügen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Kriminalkommissar Klatt ist aus Konitz nach Berlin zurückgekehrt. Wie verlautet, sollen demnächst die Akten in der Winter'schen Mordangelegenheit geschlossen werden. Sie wird leider ausgehen wie so manche andere, in der die Thäter gleichfalls nicht zu ermitteln gewesen sind. — In der Ulanenkaserne auf der Bromberger Vorstadt von Thorn wüthete Freitag Vormittag ein mächtiges Feuer. Innerhalb dreier Stunden wurde die eine Hälfte des Pferdestalles der fünften Eskadron eingeäschert. Pferde und Geschirre sind gerettet, dagegen große Stroh- und Futtervorräthe und viele Geräthschaften verbrannt. — Bei dem Baueinsturz in Thorn, von dem wir bereits meldeten, sind im Ganzen vier junge Arbeitsleute zwischen 17 und 21 Jahren getödtet, zwei Arbeiter schwer, einer leichter verwundet worden. Die Aufräumungsarbeiten sind jetzt beendet; als Ursache des Unglücks wird zu starke Belastung der oberen Decken mit Bauschutt angenommen. — Vom Blitz getödtet wurden, wie die „Königs. Hart. Ztg." aus Rastenburg meldet, auf einem in der Nachbarschaft gelegenen Gute ein Mädchen und ein Mann; in mehreren umliegenden Ortschaften sind Gebäude durch den Blitz in Brand gesetzt worden. Bei Danzig wurden zwei Männer in einem Fuhrwerk vom Blitz erschlagen. Das Pferd blieb unversehrt. — Eine fürchterliche Benzin-Explosion, bei der die Feuerwehr 14 Personen zu retten hatte, erfolgte Freitag Vormittag kurz nach 10 Uhr in der Drogerie von Leisegang in der Reinickendorferstraße 14a in Berlin. Der zu ebener Erde belegene große Verkaufsladen mit dem dahinter liegenden Lagerraum wurde total zerstört, auch die erste Etage stark in Mitleidenschaft gezogen. — Bei dem Einsturz einer Bootsbrücke in Strausberg bei Berlin fielen etwa zwanzig Frauen und Kinder ins Wasser. Hilfe war glücklicherweise rasch zur Stelle, doch wurde ein vierzehnjähriges Mädchen ein Opfer der Katastrophe. — Auf einer Gebirgspartie stürzte nach einer Meldung aus Schreiberhau ein vierzehnjähriger Knabe in die kleine Schneegrube; seine Mutter war zugegen, der Knabe wurde schwer verletzt herausgeholt. — Die Erdbeben im oberen Vogtlande dauern fort. In der Nacht zum Freitag erzitterte die Erde in fortgesetzt sich wiederholenden Stößen; die Häuser wankten. Die Aufregung der Bevölkerung ist sehr groß. — Ein entsetzliches Verbrechen ist, wie man dem „B. T." aus Elberfeld schreibt, durch die Aufmerksamkeit eines Lokomotivführers vereitelt worden. Derselbe erblickte abends beim Schein der Laternen seiner Maschine in der Nähe der Station Bossel auf den Schienen einen dunklen Gegenstand und brachte deshalb seinen Zug zum Stillstand. Als man nachsah, erkannte man in dem Hinderniß einen Bergmann, der aus vielen Wunden blutete. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Schwerverletzte nach einer Kneiperei von mehreren anderen Bergleuten überfallen und mit Messern bearbeitet worden war. Um den Zeugen ihrer That zu vernichten, hatten sie den armen Menschen auf die Schienen geschleppt, um ihn dort vom nächsten Zuge überfahren zu lassen. Die Thäter sind verhaftet worden. — Ein Deserteur des Infanterie-Regiments Graf Werder Nr. 30 in Saarlouis, der sich bereits 16 Jahre in der Stadt Luxemburg aufgehalten, sich dort verheirathet hat und Vater von 7 Kindern ist, stellte sich am Sonnabend auf dem Garnisonkommando in Saarbrücken freiwillig. Der schon bejahrte Mann gab an, die Sehnsucht nach der Heimath hätte ihn zu diesem Schritte veranlaßt. Von einem Unteroffizier des Regiments wurde er, wie die „St. Joh.-Ztg." berichtet, abgeholt und nach Saarlouis verbracht. — Beim Wetterschießen in Poellau (Steiermark) verunglückten drei Bauernkinder durch Pulverexplosion. Ein dreizehnjähriges Mädchen ist todt, die anderen sind lebensgefährlich verletzt. — Ein italienischer Blaubart ist in Cagnano Verano, einem Orte bei Rom, verhaftet worden. Er wollte sich eben zum vierten Male verheirathen, nachdem seine ersten drei Frauen in wenigen Jahren nacheinander gestorben, ihm aber fünf Kinder hinterlassen hatten. Als die vierte, ein bildschönes, blutjunges Mädchen, sich weigerte, ihn mit diesen fünf Kindern zu nehmen, ließ er eins derselben nach dem andern im Keller verhungern, wie er vorher seine Frauen getödtet hatte. — Ein starkes Erdbeben hat in den Ortschaften Berna, Aga-Dowa, Pasli und Igdyr im Kaukasus stattgefunden. Viele Gebäude sind eingestürzt. In Berna wurden vierzehn Leichen aus den Trümmern hervorgezogen und eine größere Anzahl Personen verletzt. Da die Erderschütterungen sich wiederholen, sucht sich die Bevölkerung in Sicherheit zu bringen.

Ueber einen eigenartigen Unfall meldet der Polizeibericht in Berlin Folgendes: Der dreizehn Jahre alte Sohn der Schlosser Stolzeschen Eheleute, Schulstraße 66, kam Donnerstag auf seltsame Weise zu Schaden. Auf dem Gelände der Laubenkolonie zwischen der Schweden- und Exerzirstraße trat er auf den über den Boden schleppenden Draht eines vom Meteorologischen Institut am Tegeler Schießplatz in die Höhe gelassenen Drachens. Dabei wurde der linke Unterschenkel des Knaben in den Draht verwickelt und ihm das Fleisch in einer Breite von 5 Centimeter bis auf die Knochen durchgebrannt, wie nachträglich durch einen Arzt festgestellt wurde. Es scheint danach, daß der Draht des Drachens mit einer Leitung der elektrischen Straßenbahn in Berührung gekommen ist. Der Schlosser Wallström und der Metalldrucker Jüptner, die den Draht durchschnitten und den Knaben befreiten, erlitten ebenfalls Brandwunden an den Innenflächen der Hände. Ein Theil des Drachens wurde dann auf dem Felde zur Erde herabgezogen, ein weiterer Theil flog über den Gesundbrunnen nach der Schönhauser Allee zu.

Eine unbegreifliche Strafe. In Potschapel bei Dresden war das sechsjährige Töchterchen eines Arbeiters mit anderen Kindern auf eine Wiese gerathen, um Blumen zu pflücken. Der Besitzer der Wiese kam dazu, erwischte die Kleine, während die anderen ausrissen. Er nahm das Kind mit in seine Wohnung, aus der es von der geängstigten Mutter, die Nachricht von den anderen Kindern erhalten hatte, abgeholt wurde. Diese bat den Gutsbesitzer, von einer Anzeige absehen zu wollen, was dieser auch versprach. Dieser Tage kam aber ein Strafbefehl der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt, der die Mutter der kleinen Blumensucherin mit drei Tagen Haft bestrafte und sie zur Bezahlung der Verläge verurtheilte. Warum eine unbescholtene Frau deshalb ins Gefängniß bringen? War da nicht eine Geldstrafe zulässig, wenn überhaupt gestraft werden mußte?

Ein Kleinbahn-Idyll lieferte, wie die Rhön.-Ztg." berichtet, vor einigen Tagen die Feldabahn. Der Abendzug, der fahrplanmäßig gegen halb 9 Uhr in Dermbach eintreffen soll, traf um diese Zeit nicht ein. Dafür hatte man aber das Vergnügen, die Lokomotive ohne das Anhängsel herankraxeln zu sehen. Was hatte Das zu bedeuten? Wo blieb der Zug mit den Passagieren? Die Aufklärung lautete ganz einfach. Auf Haltestelle Hartschwinde war das Wasser im Kessel ausgegangen; um der Maschine nicht die Eingeweide zu verbrennen, mußte der Heizer im Dauerlauf einen Topf voll dieser kostbaren Flüssigkeit vom nächsten Wässerchen holen. Dann wurde die Lokomotive ausgeschirrt, dampfte nach Dermbach, faßte neues Wasser und zurück ging's wieder zur Haltestelle Hartschwinde. Die Passagiere (es sollten etwa 70 Personen gewesen sein) kletterten in der Zwischenzeit aus dem Wagen heraus, suchten Erdbeeren oder machten sich's im Chausseegraben bequem. Nach Eintreffen der Maschine ging's „mit Volldampf" weiter. Zugverspätung: nur eine Stunde.

Eine Weltausstellung in St. Louis (Nordamerika) wird für 1903 geplant; sie soll — wie es im amerikanischen Stil heißt — „Alles bisher Dagewesene" übertreffen!

Nie vordem war ihr der Gedanke gekommen! Jetzt, mit einem Male, nahm er übermächtig von ihr Besitz.

Seltener und immer seltener hatte Rudolf von sich hören lassen; wenn er sich nach immer länger werdenden Pausen an sie wandte, dann hatte er nicht sie selbst — nur Geld hatte er gefordert. Kein Zweifel — die unselige Leidenschaft für sie war erloschen, ebenso plötzlich wie sie vor Jahren plötzlich aufgeglüht war.

Etwas wie Hoffnung stahl sich in ihr zerrissenes Herz. Wenn er sie frei gäbe. Wenn es doch nicht so unmöglich wäre, als sie es in ihrer verzweifelten Abwehr Georg hatte glauben machen wollen!

Sie sprang auf und lief unruhig in den Gängen des Gärtchens auf und nieder.

Irgend etwas mußte geschehen. Aber was — und wie? Ja, das war's, sie mußte nach dem nun so lange Verschollenen forschen lassen. Es gab ja eine Spur, auf der er zu finden sein würde — er oder die Gewißheit, daß er nicht mehr war. Und hatte sie ihn erst gefunden, so würde es ja auch klar werden zwischen ihnen.

Sie würde ihn fragen: „Liebst Du mich noch?" — Und wenn ihre Ahnungen sie nicht trogen, wenn er seine wilde Leidenschaft längst einer Anderen zugewandt hatte, würde sie ihm sagen: „Gieb das Blatt heraus. Was kann es Dir noch werth sein, da Du mich nicht mehr damit halten willst."

Nein, er durfte sie nicht mehr lieben, jetzt nicht mehr, da ihr des Geliebten Liebe offenbar geworden, da in ihr selbst die Liebe aufgeglüht war, übermächtig!

Drüben im Gebüsch schluchzte eine Nachtigall in bangen, sehnsüchtigen Klagen. Die Geisblattlaube — die weißen Rosen am Spalier der Terrasse, die Jasminbüsche atmeten süßbetäubende Düfte. Alles athmete Liebe — eingebende Sehnsucht.

Sie begriff sich selbst nicht mehr, daß sie die Kraft gefunden hatte, ihn fortzuschicken in solcher Nacht. Wäre er jetzt bei ihr gewesen, alle Bedenken, alle Zweifel wären untergegangen in dem einen Allgewaltigen. Jauchzend hätte sie sich in seine weitgeöffneten Arme gestürzt — Georg, Georg!

Sie saß längst wieder auf der kleinen Holzbank unter dem Fliederbusch. Nun beugte sie das Haupt lauschend nach der Straße zu. Waren das nicht Schritte? Leise, schleichende Schritte? Ja, kein Zweifel — er — kam zurück — auch ihn hielt es nicht länger — er vergab ihr — er verstand sie — auch ihm drängte das Uebermächtige alles Andere zurück — er würde sie liebend umfangen, und Alles — Alles würde vergessen sein!

Draußen rüttelte und klirrte es leise an der Gitterthür, die sie hinter ihm verschlossen hatte. — Sie sprang auf wie emporgeschnellt — kein Traum — kein Phantasiegebilde — er, o mein Gott! — er! —

„Bist Du's?" Es klang sehnsüchtig schluchzend, wie der Nachtigall Ruf im Gebüsch.

Keine Antwort. Was brauchte es auch einer Antwort — wer anders sollte in dieser Nacht zu ihr kommen als er?

Ihr Herz jauchzte. Mit bebenden Fingern drehte sie den Schlüssel. Das Schloß sprang auf.

Stürmisch herein drängte sich die harrende Gestalt.

Nun standen sie Auge in Auge.

Wie von einem Faustschlag ins Gesicht getroffen, taumelte Anna zurück.

„Du! Du hier!" Es kam heiser und entstellt von ihren Lippen.

Rudolf hatte die Thür mit kaltblütiger Ruhe zugeschlossen und den Schlüssel in seine Tasche versenkt.

„Ja — ich — hattest Du einen Anderen erwartet?"

Sie erwiderte nichts.

Langsam schlich sie nach der Bank unter dem Fliederbusch zurück; sie wankte, die Glieder versagten ihr den Dienst.

Er ging ihr nach, ihre schlanke, biegsame Gestalt in dem sommerhellen Gewand mit seinen Blicken verschlingend.

„Ist das Dein ganzer Willkomm, Anna? Begrüßt ein Weib so ihren Mann, nachdem sie ihn über ein Jahr lang nicht gesehen?

Sie rückte von ihm fort bis an das andere Ende der Bank. Die Blicke starr auf den Boden geheftet, fragte sie tonlos:

„Brauchst Du wieder Geld?"

Er lachte.

Nein, um das komm ich nicht. Wir sind augenblicklich ganz gut rangirt."

„Also Du hast jetzt eine Stellung — arbeitest?"

Er lachte wieder. Ein wenig sarkastischer noch als zuvor.

„Wenn Du es so nennen willst — warum nicht? Es ist auch Arbeit, die ich treibe, und wahrlich die schlechteste nicht auf diesem verruchten Erdball."

„Wie soll ich das verstehen?"

„Ist doch gar nicht so schwer, mein Schatz. Das Schicksal hat mir bisher bös mitgespielt. Unglückliche schließen sich leicht aneinander zu gegenseitiger Hilfe. Auch ich habe mich mit einem solchen verbunden, um gemeinsam das Geschick zu zwingen."

„Und ich — was soll ich dabei? Weshalb erzählst Du mir das?"

„Weil ich Dich wieder haben will! Du brauchst nicht so zusammenzufahren," rief er spöttisch dazwischen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich — Verleger: Theod. Schwartz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.